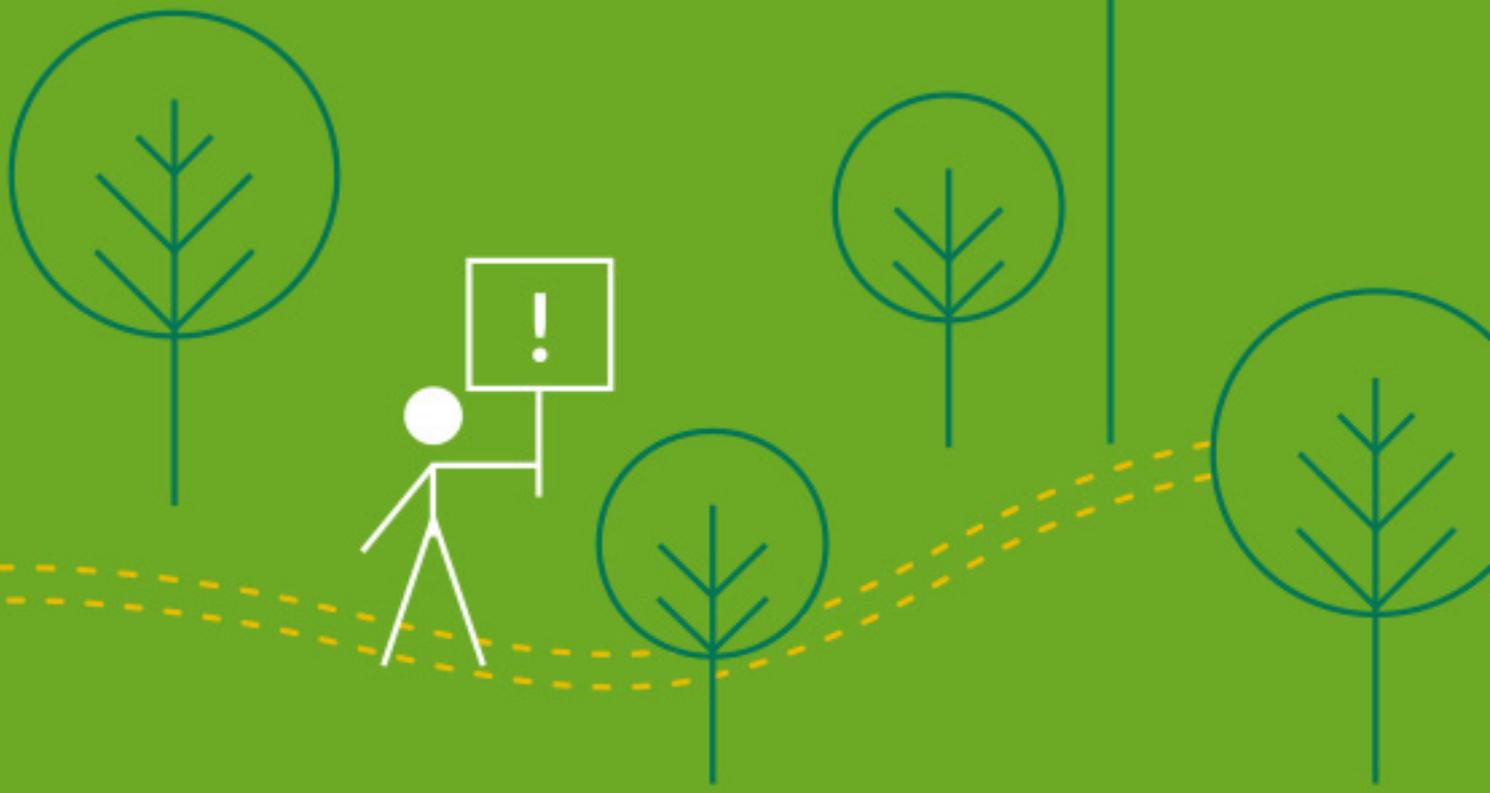


Naturschutz und Rechtsextremismus

Untersuchung zum legislativen
Verhalten der NPD im 6. Landtag
von Mecklenburg-Vorpommern

Jonas Voß,
Greifswald, 2017



Der vorliegende Text ist als Bachelorarbeit an der Philosophischen Fakultät, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft, der Universität Greifswald entstanden. Wir danken Jonas Voß, geb. Kettermann, dafür, dass wir seine Arbeit auf unserer Webseite www.nf-farn.de veröffentlichen dürfen.

Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz (FARN)

c/o NaturFreunde Deutschlands
Bundesgeschäftsstelle
Warschauer Str. 58a/59a
10243 Berlin

Tel. (030) 29 77 32-68

Fax (030) 29 77 32-80

info@nf-farn.de

www.nf-farn.de

Inhalt

1 Einleitung.....	4
2 Forschungsstand	7
2.1 Rechte Ökologie	7
2.2 Die NPD im Parlament	8
3 Rechte Ökologie.....	11
3.1 Geschichte des Naturschutzes in Deutschland.....	11
3.2 Rechtsextremismus in Deutschland.....	13
3.2.1 Grundlagen und Definition.....	13
3.2.2 Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern	14
3.3 Grundlagen einer Ökologie von rechts.....	16
3.4 Historisches Beispiel: Die Artamanenbewegung und der Nationalsozialismus.....	18
4 Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	20
4.1 Potenzial, Gefahr, Verbot	20
4.2 Umweltpolitische Positionen der NPD	21
4.3 Die NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns	23
5 Qualitative Analyse von NPD-Landtagsdokumenten zum Thema Umwelt.....	25
5.1 Forschungsdesign.....	25
5.1.1 Fallauswahl	25
5.1.2 Methode.....	26
5.2 Allgemeines.....	28
5.3 Themenkomplex Landwirtschaft und Fischerei.....	29
5.4 Themenkomplex Energie	31
5.5 Themenkomplex Tierschutz	34
5.6 Themenkomplex Naturschutz	36
5.7 Zusammenfassung	37
6 Schlussfolgerung und Fazit.....	38
7 Literaturverzeichnis.....	40
8 Drucksachenverzeichnis.....	47
9 Zusammenfassung/Abstract	50
Zusammenfassung	50
Abstract	50

„Uns ist diese Natur und Schöpfung im Gegensatz zu Ihnen heilig. Sie als superdemokratischer Block scheinen in der Natur nur betriebswirtschaftliche Möglichkeiten zu sehen, die es auszubeuten gilt.“
(Stefan Köster/NPD bei der Vorstellung eines Antrages zum Thema Gentechnik, Plenarprotokoll 6/40 2013: 144)

1 Einleitung

Die Ablehnung von Massentierhaltung und gentechnikfreier Landwirtschaft werden für gewöhnlich nicht auf Anhieb als Themen der rechtsextremen NPD entschlüsselt. Die NPD und andere rechtsextreme Organisationen und Gruppen sehen im Natur- und Umweltschutz jedoch ein wichtiges Themenfeld, um ihr Ideal eines völkischen Lebens- und Gesellschaftsbildes artikulieren zu können. Der Wunsch nach einem naturverbundenen, antikapitalistischen und von der Globalisierung nicht tangierten Lebensstil, nach einer ökologisch orientierten und umwelt- und tierschützenden Produktionsweise scheint auf den ersten Blick sehr weit entfernt zu sein von rechtsextremistischem Gedankengut. Dennoch sind Gruppierungen und Einzelpersonen zu erkennen, die im Sinne eines biologischen Verständnisses Naturschutz als Heimatschutz interpretieren und Ökologie als Abkehr von einer pluralistischen, modernen Gesellschaft leben wollen.

Im Jahr 2011 tauchte in Bad Oldesloe ein Flugblatt mit Informationen über eine geplante Schweinemastanlage auf (vgl. Speit 2012: 62). Das Blatt kam aber nicht von einer Natur- oder Tierschutzorganisation, sondern von den Autonomen Nationalen Sozialisten Stormarn, die auch kein Geheimnis aus ihrer „nationalen“ und „sozialistischen“ Gesinnung machten. Eine Bürgerinitiative organisierte Informationsveranstaltungen und Demonstrationen gegen die Mastanlage und die Rechtsextremen griffen mit ihrem Informationsblatt in diesen öffentlichen Diskurs ein, wovon sich die Bürgerinitiative allerdings distanzierte (vgl. Speit 2012: 72). Die „Überraschung über so eine Aktion“ wiederum „verrät mehr über die Überraschten als über die Überrascher“ (Speit 2012: 62).

Aussagen wie „Kauft naturbelassene Produkte [...] ohne Chemie- und Tierversuche“, „Kauft euren Kindern naturbelassenes Holzspielzeug“, „Mehrweg statt Einweg“ oder „Vermeidet unnötige Autofahrten, bildet Fahrgemeinschaften“ (JN 1997: 15) stammen nicht, wie man zunächst annehmen könnte, aus dem linksökologischen Milieu, sondern von den Jungen Nationaldemokraten, der Jugendorganisation der NPD.

Rechtsextreme veröffentlichen seit 2007 mit der Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ sogar ein eigenes ökologisches Magazin (vgl. Pfaffinger 2012; dazu auch Speit 2012: 63ff.). Das generelle Erscheinungsbild und der Großteil der Artikel wirken auf den ersten Blick „unverfänglich“ (Heinrich 2014: 57). Im Magazin finden sich zum Beispiel Artikel über Gentechnik, Gartentipps und Kinderlieder. Das Magazin enthält allerdings auch eine Rubrik mit dem Titel „Heimatschutz“, in dem sich in einer Ausgabe die Aussage befindet, „dass das deutsche Volk biologisch und geistig aussterbe, wenn Deutsche sich mit Menschen anderer ethnischer Herkunft fortpflanzen“ (Pfaffinger 2012). Bei solchen Aussagen verwundert es nicht, dass der Verein Midgard e.V., der das Magazin herausgibt, starke personelle Verbindungen zur NPD aufweist. In der ersten Ausgabe der Zeitschrift finden sich zudem Aussagen, die aus dem umweltpolitischen Teil des NPD-Parteiprogramms zitiert wurden (vgl. Pfaffinger 2012).

Das Infoblatt in Bad Oldesloe, die Aufforderungen der JN und die Publikation von „Umwelt & Aktiv“ stehen hier nur beispielhaft für das breitgefächerte rechtsextreme Engagement im umweltpolitischen Kontext. Die aktuelle Entwicklung ist dahingehend, dass Rechtsextremist*innen zunehmend das Handlungsfeld des Natur- und Umweltschutzes besetzen (vgl. Wiersbinski 2015: 7). Der NPD kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu, denn sie ist „das Sprachrohr für ein Öko-Netzwerk aus rechtsextremen Freien Kameradschaften, selbsternannten autonomen Nationalisten, ‚heimattreuen‘ Naturschützern und ‚artgerecht‘ lebenden völkischen Bio-Produzenten“ (Gasero 2012). Weiterhin gelten die ökologischen Positionen der NPD als „beispielhaft“ (Melchert 2015: 123) für die Einstellungen rechtsextremer Akteur*innen. Vor diesem Hintergrund scheint es notwendig am Beispiel der NPD mögliche Verbindungslinien zwischen den Themen Naturschutz und Rechtsextremismus zu erörtern, die Argumentationsmuster rechter Ökologie offenzulegen und Differenzen im Welt- und Menschenbild deutlich zu machen.

Neben dem „Kampf um Straße“ und dem „Kampf um Köpfe“ gehört zum sogenannten Drei-Säulen-Konzept der NPD auch der „Kampf um Parlamente“ (vgl. Brandstetter 2006: 109ff.). Dieser Kampf erreichte in den Jahren 2004 und 2006 mit dem Einzug der NPD in die Landesparlamente Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns seinen bisherigen Höhepunkt. Eine spannende Frage, die sich nun stellt, ist, ob die NPD das außerparlamentarische umweltpolitische Engagement rechtsextremer Akteur*innen mit in den Landtag genommen hat und wie sie es thematisierte. Die Frage, die dieser Arbeit zugrunde liegt, lautet daher: Wie äußerte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands im 6. Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ihre ideologischen Ziele im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes und welche Strategie verfolgte sie dabei?

An diese Einleitung schließt ein Kapitel zum bisherigen Forschungsstand an. Das Kapitel ist thematisch unterteilt, weil sich sowohl aus dem Abschnitt über die rechte Ökologie als auch aus dem Abschnitt über bisherige Untersuchungen zur Parlamentsarbeit der NPD jeweils eine in dieser Arbeit zu überprüfende Hypothese ergibt. Anschließend widmet sich Kapitel 3 Rechte Ökologie den Grundlagen einer Ökologie von rechts. Ausgehend von der Geschichte des Naturschutzes in Deutschland und den theoretischen Grundlagen des Rechtsextremismus wird das Ökologieverständnis von Rechtsextremist*innen detailliert erläutert. Kapitel 4 Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) beschäftigt sich mit der NPD, ihren umweltpolitischen Positionen und dem bisherigen Wirken im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Daran anschließend erfolgt die qualitative Inhaltsanalyse von Landtagsdokumenten, deren Ergebnisse anschließend dargestellt werden und zur Beantwortung der Forschungsfrage führen.

2 Forschungsstand

2.1 Rechte Ökologie

Ökologische Themen sind bisher in Deutschland in „politisch ambivalenter Weise“ (Jahn/Wehling 1991: 12) thematisiert worden. Das liegt vor allem daran, dass das Thema Ökologie an sich „weder links noch rechts“ (Heinrich 2014: 57) ist, sondern einen sozialen Kontext benötigt. In der allgemeinen Wahrnehmung gilt das Thema Ökologie und Umweltschutz eher als politisch linkes Thema (vgl. Busch 2012: 247). Ein rechtsextremes Ökologieverständnis wird hingegen öffentlich nicht so stark wahrgenommen (vgl. Melchert 2012: 81). Das Interesse rechtsextremer Akteur*innen an Themen des Umwelt- und Naturschutzes ist jedoch nicht neu, es reicht zurück bis in die Epoche der Romantik (vgl. Heinrich 2014: 54). Radkau und Uekötter (2003) zeichnen in ihrem Sammelband in differenzierter Weise das Verhältnis des Naturschutzes zum Nationalsozialismus nach und diskutieren, mit welchem Erbe sich der heutige Natur- und Umweltschutz auseinandersetzen muss (vgl. Radkau/Uekötter 2013). Jürgen Trittin stellt darin fest, dass es „keinen Punkt“ gab, „an dem Naturschutz und Nationalsozialismus ideologisch grundsätzlich unvereinbar waren“ (Trittin 2003: 38). Dennoch wurde der Themenkomplex der rechten Ökologie sowohl von Historiker*innen, als auch von Umweltaktivist*innen lange Zeit unterschätzt (vgl. Staudenmaier 1995: 5). Eine der ersten umfassenden Untersuchungen zum Thema Naturschutz und Rechtsextremismus erschien erst im Jahr 1996 (vgl. Geden 1996). Geden gibt einen Überblick über die rechtskonservativen und rechtsextremen Interpretationen des Umweltschutzgedankens.

Eine große Gefahr besteht in der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts durch ökologische Argumentationen (vgl. Jahn/Wehling 1991: 16). Genau dieses Ziel, ein „kontinuierliches Einsickern“ (Heinrich 2014: 58) rechten Gedankenguts in die Gesellschaft, verfolgen rechtsextreme Akteur*innen, wenn sie populäre Umweltthemen aufgreifen und mit ihrer Ideologie unterfüttern. Der Bereich Umwelt- und Naturschutz ist für Rechtsextreme auch deshalb interessant, weil es begriffliche Überschneidungen gibt. So sind Begriffe wie „Heimat“ beziehungsweise „heimisch“ und „fremde Art“ Ausdrücke der alltäglichen Naturschutzarbeit, werden aber ebenfalls mit einer deutlich anderen Intention in rechtsextremen Theorien verwandt (vgl. Wiersbinski et al. 2015: 6).

Die ökologische Krise in den 70er-Jahren und die daraus entspringende Ökologiebewegung nutzten Rechtsextreme, um ihre Ideologien zu erneuern (vgl. Jahn/Wehling 1991: 26). Die Umweltpolitik diente als „Modernisierungselement“ (Busch 2012: 259) ihrer Inhalte. Damit eröffneten sich für die Rechten neue Begründungsmöglichkeiten für die Verschieden- und Ungleichheit der Völker und

Ausländer konnten zum ökologischen Problem erklärt werden (vgl. Melchert 2015: 124; dazu auch Wölfingseder 1995: 29).

In einem Vergleich von Parteiprogrammen stellt Busch (2012) fest, dass sich alle rechtsextremen Parteien (NPD, DVU, die Republikaner und pro NRW) in „nennenswertem Umfang“ (Busch 2012: 265) zu Umweltpolitik und Naturschutz äußern. Er kommt bei seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, dass sowohl die NPD als auch die Republikaner ihr umweltpolitisches Programm „sowohl zur Integration als auch zur Außendarstellung nutzen“ (Busch 2012: 278).

Die erste zu überprüfende These dieser Arbeit wird deshalb dahingehend formuliert, dass sich die ideologischen Grundlagen einer rechten Ökologie in der umweltpolitischen Programmatik der NPD wiederfinden.

2.2 Die NPD im Parlament

Von den landespolitischen Erfolgen in den 60er-Jahren abgesehen, gelang es der NPD in der jüngeren Vergangenheit in zwei Landesparlamente einzuziehen. Von 2004 bis 2014 war die Partei über zwei Legislaturperioden hinweg mit einer Fraktion im sächsischen Landtag vertreten und von 2006 bis 2016 war sie, ebenfalls über zwei Legislaturperioden, mit einer Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns vertreten. Der verfehlte Wiedereinzug im Jahr 2016 lässt sich unter anderem mit dem Erstarken der Alternative für Deutschland (AfD) als direkter Konkurrentin um die Wählerstimme erklären (Heinrich 2016: 93).

Die Präsenz einer rechtsextremen Partei in einem Parlament, also dem institutionellen Herzstück einer repräsentativen Demokratie, ist wissenschaftlich umfassend erforscht worden. Die bisherige Parlamentsarbeit der NPD zeichnet sich vor allem durch Provokation aus (vgl. Brodkorb 2008; dazu auch Heinrich 2016: 86; Borstel 2011: 59). Nahezu alle Aktivitäten zielen auf die Störung der parlamentarischen Arbeitsweise ab (vgl. Schlotmann 2008: 13). Die Provokation zeigt sich vor allem in einer massiven Anzahl an Ordnungsrufen, Wortentziehungen und Ausschlüssen aus den Landtagssitzungen. Bereits eineinhalb Jahre nach dem Einzug in den Landtag hatte die NPD-Fraktion nahezu 100 Ordnungsrufe auf dem Konto (vgl. Brodkorb 2008: 47). Diese Provokation verfolgt ein bestimmtes Ziel. Zum einen wird den Anhänger*innen der Partei signalisiert, dass es der NPD ernst ist mit dem Kampf gegen das System. Zum anderen wird durch bewusst herbeigeführte Skandale eine mediale Aufmerksamkeit erregt, die dann auch den potenziellen Wähler*innen erreicht (vgl. Brodkorb 2008: 54). Zur Aufmerksamkeitsstrategie gehört ebenso das Ausschöpfen des Rechtes zur Beantragung Aktueller Stunden¹.

¹ Die Aktuelle Stunde ist eine Kurzdebatte im Plenum über Angelegenheiten von allgemeinem und aktuellem Interesse. Laut § 66 der Geschäftsordnung des Landtages wechselt das Antragsrecht

Die NPD heizt in der Plenardebatte tagespolitische Themen populistisch an, um sich in einem bestimmten Licht darzustellen (vgl. Nattke 2008: 41). Weiterhin versucht die NPD den übrigen Parteien einen elitären Status zuzuschreiben, um so eine größere Distanz der Abgeordneten zu ihren (potenziell schon politikverdrossenen) Wähler*innen zu suggerieren (vgl. Senf 2017: 12). Abseits des Plenarsaales bleibt die NPD weniger aktiv und zeigt keinerlei Interesse an der Ausschussarbeit. Da die Ausschusssitzungen in der Regel nichtöffentlich sind und sich somit nicht direkt medial verwerten lassen, spart die NPD hier an Engagement (vgl. Brodkorb 2008: 46).

Neben dem Nutzen des Parlamentes als „Propagandabühne“ (Borstel 2011: 59) ist der Landtag der NPD in drei weiteren Aspekten dienlich. Er fungiert als Ausbildungsstätte für Neonazi-Kader sowie als Geld- und Informationsquelle (vgl. Langer/Lehmann 2008: 93). Arbeitsplätze in Abgeordnetenbüros oder der Verwaltung der Fraktion wurden rotierend an die eigenen Kameraden vergeben. So gelang es der NPD Nachwuchspolitiker*innen in parlamentarischen Abläufen zu schulen und es entwickelte sich über die Zeit ein „recht professionelle[r] Mitarbeiterstamm“ (Röpke 2015: 102).

Die jährliche Finanzausstattung der NPD-Fraktion durch den Landtag betrug ca. 1,3 Millionen Euro zuzüglich der Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung (vgl. Schlotmann 2008: 23). Mit der verlorenen Landtagswahl im Jahr 2016 verlor die NPD also auch wichtige Ressourcen, mit denen sie die rechtsextreme Szene in Mecklenburg-Vorpommern bislang finanzierten konnte (vgl. Heinrich 2016: 93).

Zum Gewinn von Informationen über politische Gegner*innen nutzt die NPD das Mittel der Kleinen Anfrage² „geradezu inflationär“ (Nattke 2008: 41). Langer und Lehmann (2008: 85) zeigen, dass innerhalb der ersten 18 Monate im Parlament knapp die Hälfte der bis dahin 406 Kleinen Anfragen zum Thema Extremismus und politisch motivierter Kriminalität gestellt wurden. Aufgrund der Informationsbeschaffung mit Hilfe von parlamentarisch-demokratischen Instrumenten und der Fokussierung auf mediale Selbstinszenierung wird der NPD ein „instrumentalistische[s] Verhältnis zum Parlamentarismus“ (Brodkorb 2008: 46) attestiert.

zwischen den Fraktionen in der Reihenfolge des Stärkeverhältnisses. Die Formulierung des Gegenstandes der Debatte muss bei der Beantragung kurz und sachlich gefasst sein und darf keine Wertungen und Unterstellungen enthalten (vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2016: 57f.).

² Kleine Anfragen werden von den Mitgliedern des Landtages an die Landesregierung gestellt. Sie sind ein wichtiges Instrument der parlamentarischen Kontrolle der Regierung. Laut § 64 der Geschäftsordnung des Landtages muss sich die Kleine Anfrage auf einen bestimmten Sachverhalt beziehen und in kurzer Form beantwortbar sein. Eine knappe Darstellung der zu Begründung notwendigen Tatsachen ist zulässig. Die Kleine Anfrage darf jedoch nur maximal zehn Fragen umfassen und muss von der Landesregierung innerhalb von zehn Werktagen schriftlich beantwortet werden (vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2016: 55).

Im Umgang mit der NPD spielten die Erfahrungen aus dem Dresdner Landtag eine entscheidende Rolle. Dort gelang es der NPD unter anderem die anderen demokratischen Fraktionen gegeneinander auszuspielen (vgl. Staud 2008: 34f.). Aus dieser Erfahrung lernend entschieden sich die demokratischen Fraktionen des Schweriner Landtages für eine gemeinsame Vorgehensweise gegen die NPD, den sogenannten Schweriner Weg (vgl. Kapitel 4.3 Die NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns).

Der in dieser Arbeit untersuchte Bereich der Umweltpolitik wurde in bisherigen Untersuchungen lediglich beiläufig erwähnt. Ein allgemeiner Vergleich der sächsischen Landtagsfraktion mit der Schweriner Fraktion ergab, dass die NPD in Sachsen das Thema Umwelt umfassender bearbeitet. Die sächsische Fraktion stellte wesentlich mehr umweltpolitische Anträge als die Kollegen aus Schwerin, was aber auf das Engagement einzelner Personen zurückzuführen ist (vgl. Nattke 2008: 42). Die sächsische NPD-Fraktion hatte sogar den Vorsitz des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft übernommen (vgl. Staud 2012: 15).

Eine Analyse der ersten 18 Monate im Schweriner Landtag zeigte, dass sich sieben von insgesamt bis dahin 76 gestellten Anträgen mit umweltpolitischen Themen beschäftigten. Aus der rein quantitativen Sicht lassen sich hieraus allerdings noch keine Rückschlüsse ziehen, denn einige Themen wurden entweder genauso oft oder häufiger ins Parlament getragen. Die allgemeine Schwerpunktsetzung der NPD bezüglich der Thematik liegt, in der Anzahl von Anträgen gemessen, mit deutlichem Abstand im Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik (vgl. Langer/Lehmann 2008: 74).

In einer Untersuchung zur Strategie des Umgangs mit rechtsextremen Parteien in Parlamenten stellt Johannes Senf (2017) bei einem umweltpolitischen Antrag fest, dass dieser eine nüchtern-sachliche Sinnstruktur ohne provokative Elemente aufweist (vgl. Senf 2017: 14). Ausgehend von dieser Beobachtung wird nun die zweite zu überprüfende These formuliert. Dem ersten Unterkapitel des Forschungsstandes ist zu entnehmen, dass rechter Ökologie und auch der ökologischen Frage der NPD wenig Aufmerksamkeit in der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung geschenkt wurde und wird. Das zweite Unterkapitel hat gezeigt, dass durch Provokation erreichte mediale Aufmerksamkeit die zentrale Strategie der NPD im Parlament ist. Beide Faktoren zusammengenommen ergeben die These, dass die NPD sich im Parlament hinsichtlich ihrer umweltpolitischen Positionen nicht rechtsextrem-ideologisch aufgeladen und provokativ präsentiert, sondern nüchtern und sachlich. Umweltschutzthemen werden demnach nicht primär dazu verwendet, um Provokationen hervorzurufen.

3 Rechte Ökologie

3.1 Geschichte des Naturschutzes in Deutschland

Der Beginn des Naturschutzgedankens in Deutschland hat seinen Ursprung im 19. Jahrhundert. Die mit der Industrialisierung aufkommende intensive Landnutzung und vermehrte Beanspruchung der Natur stand im Spannungsverhältnis zu den „romantisch-konservativen Natur- und Gesellschaftsauffassungen“ (Ott 2016: 67) der damaligen Zeit. Die expansiv verlaufende Industrialisierung führte bei vielen zu einer Verunsicherung (vgl. Trittin 2003: 37). Aufgrund des konservativen Ursprungs wird dem Naturschutzgedanken in Deutschland eine „rechtslastige Tradition“ (Jahn/Wehling 1991: 21) attestiert, denn „[b]is in die 60er Jahre hinein war das Umweltthema von einer konservativ-nationalen Natur- und Heimatschutzbewegung besetzt“ (Gasero 2012).

Maßgeblich an der Synthese von Naturalismus und Nationalismus im 19. Jahrhundert beteiligt, war der Autor Ernst Moritz Arndt (1769-1860). Arndts Umweltschutzgedanke ist tief verbunden mit einem xenophobischen Nationalismus (vgl. Staudenmaier 1995: 6). Mensch und Natur stehen für Arndt in einer besonderen Verbindung zueinander (vgl. Ott 2016: 67). Das Wohl des deutschen Volkes hänge unmittelbar mit dem Zustand der das Volk umgebenden deutschen Landschaft zusammen. Vor allem der Wald spielt hier eine besondere Rolle, weil er der Erholung und dem Schutz dient. Für Arndt bedingen sich Naturzerstörung und Kulturverfall gegenseitig und so befürchtete er, dass die industrielle Naturnutzung und die zunehmende Forstwirtschaft zum „Niedergang des deutschen Volkscharakters“ (Ott 2016: 67) führen würden. Innerhalb dieser konservativen Konzeption dient die Natur also als „Kraftquelle des Volkes“ und als „Hintergrund der Regionalspezifität der deutschen Volksstämme“ (Ott 2016: 68).

Wilhelm Heinrich Riehl (1823-1897), ein Student Arndts, entwickelte diesen Gedanken weiter und wurde so zum Begründer von Agrarromantik und Anti-Urbanismus (vgl. Staudenmaier 1995: 6f.). Die Großstadt- und Technikfeindschaft förderte den Hang zur Natur und zur romantischen Naturschwärmerei (vgl. Trittin 2003: 38). All diese Elemente finden sich in der völkischen Bewegung, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entsteht, wieder. Die völkische Bewegung verstand sich als Antwort auf die Moderne mit dem aufkommenden industriellen Kapitalismus. Sie war geprägt von der Befürwortung eines auf die Natur abgestimmten Lebensstils abseits der Stadt und von einer gewissen Einfachheit bestimmt. Gepaart wurde dies mit der Mystifizierung der Natur (Staudenmaier 1995: 7). Durch die Identifikation mit der eigenen Heimat entspringt aus der Ver-

knüpfung von eigenem Lebensraum und Naturschutz der Begriff des Heimatschutzes³. Der Heimatschutz umfasst neben der Denkmal- und Brauchtumspflege auch den direkten Schutz der natürlichen Lebensgrundlage (vgl. Ott 2016: 69). Mit der Gründung des Bund Heimatschutz im Jahr 1904 beginnt die erste Institutionalisierung des Naturschutzes (vgl. Ott 2016: 72).

Die Jugendbewegung der Weimarer Republik, die sogenannten Wandervögel⁴, lebte und verbreitete weiterhin die Ideale der völkischen Bewegung und die Naturschutzpolitik der Weimarer Zeit gestaltete sich schwierig. Trotz neuer Wissenschaften wie der Ökologie, gelang es aufgrund der politischen und ökonomischen Krisen nicht, ein Naturschutzgesetz zu implementieren. Hinzu kam die Auffassung vieler Naturschützer, dass Deutschland „ein ‚Volk ohne Raum‘ geworden“ sei, „das auf reduzierter Fläche intensiv wirtschaften müsse, um die Reparationspflichten des Versailler Vertrags erfüllen zu können“ (Ott 2016: 73). Viele Naturschützer*innen begrüßten deshalb die Machtergreifung der Nationalsozialist*innen, weil sie im von den Nazis propagierten naturalistischen Weltbild eine Alternative zur gescheiterten Demokratie der Weimarer Republik sahen (vgl. Ott 2016: 73).

1935 wird im NS-Staat das Reichsnaturschutzgesetz⁵ verabschiedet – ein bis zu diesem Zeitpunkt in Deutschland beispielloser juristischer Schutz der Natur. Ein weiteres Ziel der Nationalsozialist*innen lag in der Ruralisierung Deutschlands, um die Gesundheit der deutschen Rasse und ökologische Nachhaltigkeit zu gewährleisten (vgl. Staudenmaier 1995: 18). Die tatsächliche Naturschutzpolitik des NS-Staates hatte mit Nachhaltigkeit allerdings wenig zu tun. Durch die Trockenlegung von Feuchtgebieten und Mooren, den Autobahnbau, die Überbeanspruchung von Wäldern, Massentourismusangebote und Versuche zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft intensivierte sich die Nutzung der Natur in erheblichem Maße (vgl. Ott 2016: 74). Der Gebrauch der Ökologie für rassistische und nationalistische Zwecke führte dazu, dass der Naturschutz in Deutschland nach Kriegsende „moralisch und politisch tief kompromittiert“ (Ott 2016: 74) war.

Die in den 60er-Jahren aufkommende Ökobewegung hat demnach „kräftige braune Wurzeln“ (Gasero 2012; vgl. dazu auch Jahn/Wehling 1991: 21). Der Öko-

³ Die Aussage „Umweltschutz ist Heimatschutz“ wird heute von der NPD verwendet (vgl. Kapitel 4.2 Umweltpolitische Positionen der NPD).

⁴ Die Wandervögel wurden aufgrund ihres Hangs zur Romantik, der Mystifizierung der Natur, der Ablehnung des Städtischen und der Suche nach neuen sozialen Beziehungskonzepten auch als „right-wing hippies“ bezeichnet (Staudenmaier 1995: 10).

⁵ In Westdeutschland galt das Reichsnaturschutzgesetz noch bis in die 70er-Jahre weiter (vgl. Staud 2012: 15) und wurde erst 1976 durch das Bundesnaturschutzgesetz ersetzt, weil es als vordergründig nicht mit der Ideologie des Nationalsozialismus behaftet angesehen wurde.

bewegung ging es allerdings nicht primär um ihre Heimat und Deutschland, sondern um den Menschen an sich und seine Existenzmöglichkeiten auf der Erde (vgl. Volmer 2009: 47). Neue wissenschaftliche Erkenntnisse trugen dazu bei, dass Umweltschutzbestrebungen durch „wertfreie funktionale Argumente“ (Ott 2016: 74) legitimiert werden konnten. Der 1972 erschienene Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums bringt ein stetiges Wirtschaftswachstum mit zunehmender Umweltverschmutzung in Verbindung und schärft das Bewusstsein für die Konsequenzen einer Überbeanspruchung der Natur. Neue soziale Bewegungen der 70er-Jahre greifen diese Themen auf und demonstrieren gegen Atomkraft, kapitalistische Wirtschaft, Gesundheitsrisiken durch Schadstoffe und für alternative Lebensstile (vgl. Klein/Falter 2003: 19ff.; dazu auch Ott 2016: 74). Es sind diese progressiven Bewegungen, die wir heute klassischerweise mit dem Thema Umwelt- und Naturschutz verbinden. Die braune Vorgeschichte des Naturschutzes in Deutschland erhält deswegen wohl weniger Aufmerksamkeit.

3.2 Rechtsextremismus in Deutschland

3.2.1 Grundlagen und Definition

Der Begriff des Rechtsextremismus dient als Sammelbezeichnung für diverse Ideologien, die zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich stark ausgeprägt waren. *Den* einen Rechtsextremismus gibt es demnach nicht (vgl. Brodkorb 2002: 3). Der genaue Inhalt des Extremismusbegriffs gilt als umstritten, weil er schwierig zu bestimmen ist (vgl. Bergsdorf 2010: 13). Grund dafür ist, dass die Bedeutung der Worte „extrem“ und „Extremismus“ in ihrer Geschichte „mannigfache Veränderungen“ (Backes/Jesse 2005: 22) erfahren hat. Im Unterschied zu Rechtspopulist*innen und Rechtsradikalen bewegen sich Rechtsextreme nicht mehr innerhalb des verfassungskonformen Bereiches (Buchstein/Heinrich 2011: 16). Eine Mischung rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Elemente ist jedoch nicht ausgeschlossen (vgl. Bergsdorf 2010: 18). Trotz der divergierenden Meinungen über den Begriff gibt es Charakteristika, die sich in vielen rechtsextremen Theorien wiederfinden.

Zu den Minimalbedingungen rechtsextremer Ideologien gehören Nationalismus, Autoritarismus, Antipluralismus und eine Ideologie der Ungleichheit wie zum Beispiel der Rassismus (vgl. Brandtstetter 2006: 27). Die rassistische Grundlage einer rechtsextremen Ideologie drückt die Ungleichwertigkeitsvorstellung von Menschen dadurch aus, dass dem Menschen in seinem sozialen Verhalten biologische Grenzen gesetzt seien (vgl. Wölfingseder 1995: 31). Die Begriffe „Mensch“ und „Menschheit“ werden in rechtsextremen Ideologien explizit vermieden, weil sie eine Gleichheit aller Menschen vortäuschten, die aber aus natürlichen beziehungsweise kulturellen Gründen nicht gegeben sei. Stattdessen werden primär

der Begriff „Volk“ und der namensgebende Begriff der „Rasse“ verwendet. Sowohl innerhalb einer Rasse als auch zwischen den Rassen gäbe es dabei eine natürliche Hierarchie. Die permanente Überlegenheit der eigenen Rasse wird biologisch begründet (vgl. Geiss 1995: 91). Wie zu erkennen ist, ergeben sich die Grundlagen rassistischer Theorien aus einem bestimmten Verständnis von Natur, das in Kapitel 3.3 Grundlagen einer Ökologie von rechtsgenauer beleuchtet wird.

Zu den weiteren Kennzeichen rechter Extremist*innen gehören Chauvinismus, das Anstreben einer Diktatur sowie die Verharmlosung, Rechtfertigung oder Glorifizierung des Nationalsozialismus. Die Sicht auf die Gesellschaft ist geprägt von Antisemitismus, Xenophobie und Sozialdarwinismus (vgl. Buchstein/Heinrich 2011: 17; dazu auch Backes/Jesse 2005; Geiss 1995: 93). Der Sozialdarwinismus bietet Rechtsextremen eine pseudowissenschaftliche Erklärung für Rassismus (vgl. Biehl 1995: 60). Der sozialdarwinistischen Theorie nach diktiert die Natur das Leben der Menschen. Weil sämtliche Lebewesen in der Natur um Lebensraum und Nahrung konkurrieren, müsse dies auch für die Menschheit gelten. Der stärkere, sich durchsetzende Mensch wird somit zum besseren Menschen gekürt und erhält damit ein Vorherrschaftsrecht gegenüber anderen Menschen. Auch hier spiegeln sich also die Implikationen aus einem bestimmten Naturverständnis wider.

Zum Ausmaß des rechtsextremen Einstellungspotenzials der Bevölkerung der Bundesrepublik gibt es verschiedene Aussagen. Mehrere Studien kommen zu unterschiedlichen Resultaten. Ein Grund dafür ist zum Beispiel, dass es keine einheitliche Skala zur Messung von Rechtsextremismus gibt (vgl. Brandstetter 2006: 41). Bisherige Untersuchungen zeigen dennoch dahingehend einen Trend an, dass ältere Personen, arbeitslose und bildungsferne Menschen eher zu rechtsextremistischem Gedankengut neigen (vgl. Brandstetter 2006: 36f.). Zudem gibt es eine überdurchschnittliche Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland (vgl. Brandstetter 2006: 41; dazu auch Buchstein/Heinrich 2011).

3.2.2 Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern

Da sich der empirische Teil dieser Arbeit auf Mecklenburg-Vorpommern konzentriert, lohnt es sich das Phänomen der höheren Affinität zum Rechtsextremismus in Ostdeutschland am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns noch einmal konkret zu machen.

Mecklenburg-Vorpommern ist stark ländlich geprägt. Die Definition des sogenannten ländlichen Raumes orientiert sich an der Bevölkerungsdichte (vgl. Buchstein/Heinrich 2011: 31), die im bundesdeutschen Vergleich in Mecklenburg-Vorpommern am niedrigsten ist. Der ländliche Raum ist stärker vom demographischen Wandel betroffen als das städtische Milieu und hat gleich mit mehreren

Herausforderungen zu kämpfen. Dazu gehören zum einen Abwanderung und Alterung der Bevölkerung, ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau, eine geringe Arbeitsproduktivität und ein spärliches Angebot an öffentlichen Dienstleistungen (vgl. Buchstein/Heinrich 2011: 32). Ein weiteres spezifisch ostdeutsches Problem war der aus dem Strukturwandel resultierende „Zusammenbruch der [...] dörflichen Infrastruktur“ (Buchstein/Heinrich 2011: 33) nach der Wende. All diese Faktoren wirken sich unmittelbar oder indirekt auf die Akzeptanz von Rechtsextremismus aus. In ihrem aktuellen Grundsatzprogramm verweist die NPD sogar explizit darauf, dass es bisher eine „falsche Förderungspolitik zuungunsten ländlicher Räume“ (NPD 2013: 35) gegeben habe.

Weite Teile des Landes sind sehr attraktiv für Rechte, denn die Ausländerquote ist sehr gering, die Immobilienpreise sind niedrig und sie haben kaum Protest von der Bevölkerung zu befürchten (vgl. Röpke 2015: 199). Letzteres vor allem deshalb, weil die rechtsextreme Szene in Mecklenburg-Vorpommerns Kommunen teilweise schon stark verankert ist. Eine große Rolle spielen dabei die Freien Kameradschaften, also informell organisierte Neonazi-Gruppierungen. Hinzu kommt, dass die NPD einen „gewissen Grad an Akzeptanz in breiten Teilen der Bevölkerung“ (Borstel 2011: 60) erfährt. Das Gefährliche daran ist, dass die Grenzen zwischen den Kameradschaften und der NPD verschwimmen und sich beide Seiten gegenseitig stärken (vgl. Borstel 2011: 58). Die Stärke der Rechten resultiert aus der „Schwäche der Zivilgesellschaft“ (Borstel 2011: 60) und fehlenden Angeboten vor allem für Jugendliche. Rechte Organisationen machen sich dies zu Nutze, indem sie Freizeitangebote für Jugendliche schaffen und Kinderfeste organisieren (vgl. Buchstein/Heinrich 2011: 37). Durch das niedrige Durchschnittsalter der NPD-Mitglieder von nur 39 Jahren (Brodkorb 2002: 9) hat die NPD einen besonders leichten Zugang zur Jugend. Die Jugendlichen im ländlichen Raum leiden teilweise unter „Anpassungsdruck“ (Buchstein/Heinrich 2011: 36), weil sie aufgrund der niedrigen Einwohnerzahl sonst keine Chance haben, den Kontakt zu Gleichaltrigen zu halten. Gerät man deshalb in eine bestehende rechtsextrem orientierte Gruppe kann es passieren, dass der rechtsextreme Nachwuchs zum Selbstläufer wird. So ist der Besitz einer rechtsextremen Einstellung in weiten Teilen Ostdeutschlands zu einem „dominanten Lifestyle“ (Brodkorb 2002: 13) geworden. Zusätzlich versuchen rechtsextreme Akteur*innen bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen wie zum Beispiel Vereine, die örtliche Feuerwehr oder eine Bürgerinitiative zu unterwandern (vgl. Borstel 2011: 60). „[A]ber auch der Naturschutz“ gilt als Betätigungsfeld, in dem sich „Nationalisten mehr als bisher [...] einbringen könnten“ (Hiekisch 2000 zitiert nach Brodkorb 2002: 21).

Die Abwesenheit eines offen ausgetragenen politischen Meinungspluralismus und das Fehlen von Anonymität, das in dörflichen Strukturen eine höhere soziale Konformität nach sich zieht, begünstigen ebenfalls die Verbreitung rechter Strukturen

(vgl. Buchstein/Heinrich 2011: 37). Aus diesen sich teilweise wechselseitig bedingenden Eigenschaften des ländlichen Raumes ergibt sich ein „Teufelskreis“ (Buchstein/Heinrich 2011: 37), den sich die NPD zu Nutze macht und mit ihrer „Kümmerer-Strategie“ (Borstel 2011: 60) einen Ausweg aus den sozialen Problemen der Bevölkerung verspricht⁶.

3.3 Grundlagen einer Ökologie von rechts

Das Grundkonzept einer rechten Ökologie besteht im Biologismus, das heißt in der Übertragung von Strukturen aus der Natur auf die Gesellschaft. Im Biologismus werden Staat und Gesellschaft in Analogie zum menschlichen Organismus verstanden. Daraus folgt die Behauptung, dass die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung biologischen Gesetzen unterworfen sei. Das Ziel politischen Handelns sei dementsprechend vorbestimmt und „von außen“ (Wölfingseder 1995: 24), also von der Natur, vorgegeben. Die Natur steht als Gesetzgeberin über allem, sie ist das oberste Prinzip. Eine Überwindung der Natur ist nicht möglich. Hitler schreibt hierzu in „Mein Kampf“:

„Indem der Mensch versucht sich gegen die eiserne Logik der Natur aufzubäumen, gerät er in den Kampf mit den Grundsätzen, denen auch er selber allein sein Dasein als Mensch verdankt. So muß denn sein Angriff zu seinem eigenen Untergang führen.“ (Hitler 2016: 747)

Diese Naturgesetze und -gegebenheiten müssen lediglich erkannt werden und Rechtsextreme proklamieren für sich, dies getan zu haben. Daraus ergibt sich die Überzeugung die „einzig wahre Weltsicht“ gewonnen zu haben, was dazu führt, dass das rechtsextreme Welt- und Menschenbild als „hermetisch abgeriegelt“ (Bergsdorf 2012: 15) gilt.

Rechtsextreme Ideologien attestieren dem Menschen, dass er bestimmten Trieben unterliege. Diese Verhaltensweisen sind aus dem Tierreich abgeleitet und können nur modifiziert, aber nicht gänzlich abgelegt werden (vgl. Wölfingseder 1995: 31). Ein Beispiel dafür ist der Territorialtrieb. Dieser Trieb führt zur Beanspruchung und Verteidigung eines bestimmten Gebietes. Die Verbindung zwischen den Menschen beziehungsweise Völkern zu ihrer Heimat sei unzertrennlich (vgl. Melchert 2015: 124). Das Volk besteht nicht nur aus der Gesamtheit aller ihm angehörigen Menschen, sondern ist weiterhin charakterisiert durch eine transzendente und mystische Verbindung aller Angehörigen untereinander (vgl. Biehl

⁶ Mathias Brodkorb beschreibt die Vorgehensweise der Rechtsextremen auch als „Robin-Hood-Strategie“, weil sie intensiven Kontakt zur Bevölkerung halten und älteren Menschen stets ihre Hilfe (z.B. beim Ausfüllen von Dokumenten oder beim Einkaufen) anbieten sollen (vgl. Brodkorb 2002: 23).

1995: 32). Durch die gemeinsame Verteidigung des eigenen Gebietes gegen andere Gemeinschaften entsteht ein Identitäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl für die eigene Gemeinschaft. Der Dominanztrieb führt zur Ausbildung einer Hierarchie sowohl zwischen den Gemeinschaften als auch innerhalb einer Gemeinschaft. Der Stärkste innerhalb der Gemeinschaft erhält den Führungsanspruch. Der Besitztrieb fördert das Überleben des Stärksten und trägt zum Vorteil der Gemeinschaft im Konkurrenzkampf mit anderen bei. Der Aggressionstrieb dient der Verteidigung des eigenen Territoriums. Der Gemeinschaftstrieb dient der Bewahrung der eigenen Familie und damit der Gemeinschaft und der Sexualtrieb fördert die biologische Evolution (vgl. Wölfingseder 1995: 31f.).

Auch der Sozialdarwinismus entspringt aus dem axiomatisch gesetzten „Primat der Natur“ (Jahn/Wehling 1991: 25). In „Mein Kampf“ schreibt Hitler:

„Die Natur kennt keine politischen Grenzen. Sie setzt die Lebewesen zunächst auf diesen Erdball und sieht dem freien Spiel der Kräfte zu. Der Stärkste an Mut und Fleiß erhält dann als ihr liebstes Kind das Herrenrecht des Daseins zugesprochen.“ (Hitler 2016: 391)

Die Saat für die Perversion des Darwinismus durch die Nationalsozialist*innen sät die deutsche Zoologe Ernst Haeckel (1834-1919). Haeckel entwickelte mit dem sogenannten Monismus eine sozialdarwinistische Philosophie, die ökologischen Holismus mit einer völkischen Soziologie verband. Haeckel war der Überzeugung, dass die Gesellschaft von den gleichen Gesetzen reguliert werde wie die Natur (vgl. Staudenmaier 1995: 7f.). Die daraus resultierende natürliche Ordnung lässt keine anthropozentrischen Ansichten zu (vgl. Biehl 1995: 14). Aus der Perspektive einer rechten Ökologie werden also

„vorhandene Bestimmungen und Komponenten des Menschseins [...] gedanklich aus ihrer Integration in ein sich entwickelndes systemisches Gefüge, das der Mensch in seiner Umwelt ist, gelöst, verabsolutiert, mehr oder weniger mit phantastischen Eigenschaften versehen und zu zugrundeliegenden Ursachen linearer Kausalität erklärt.“ (Löther 1995: 18)

Ein biologistischer Blick auf die Menschheit scheint besonders attraktiv zu sein, weil es ein sehr einfacher und komplexitätsreduzierender Erklärungsmechanismus für die Gesellschaft ist. Die Ernennung der Natur zur Gesetzgeberin bringt eine massive Kausalkette mit sich, die eine vermeintlich wissenschaftliche und deshalb große Erklärungskraft besitzt. Der schwerwiegende Fehler einer rechten Ökologie liegt dennoch in ihrem Grundprinzip, der Naturalisierung von Politik und Gesellschaft. Der Biologismus verkennt, dass der Mensch ein Wesen ist, das selbstbestimmt ist und die Fähigkeit zur Selbstreflexion besitzt (vgl. Wölfingseder 1995: 24). Er ist deshalb nicht an die Natur gebunden beziehungsweise von ihr determiniert.

Ein weiteres Problem, das bei der Verabsolutierung der Natur entsteht, ist ein epistemologisches: Wir erkennen unsere äußere Umwelt nur durch unsere Sinne und sind dabei an unser Erleben, aus dem wir nicht ausbrechen können, gebunden. Wir können deshalb keine Aussage darüber treffen, wie die Natur an sich beschaffen ist, weil wir sie buchstäblich nur durch unsere Augen sehen. Es ergibt deshalb keinen Sinn die Natur zu verabsolutieren und etwas in sie hineinzuprojetieren, nur um es dann auf die Menschen und die Gesellschaft zurück zu projizieren. Erkenntnisse, die wir daraus gewinnen sind nichts anderes als menschengemacht und nur insofern „natürlich“, als es zum Wesen des Menschen gehört, seine Umwelt wahrzunehmen und Schlüsse aus den gewonnen Erkenntnissen zu ziehen.

Die von außen sichtbaren vermeintlichen Rassenmerkmale sind in den klimatischen Bedingungen der Naturräume, in denen sich die Menschen niedergelassen haben, begründet. Die Körperoberfläche reagiert als Schnittstelle zwischen Organismus und der Außenwelt auf Veränderungen der natürlichen Umgebung (vgl. Löther 1995: 12). Menschen unterscheiden sich also im wahrsten Sinne des Wortes nur oberflächlich. Die Differenzen zwischen den genetischen Veranlagungen sind hingegen „nur geringfügig“ (Löther 1995: 12). Das Auftreten „großräumige[r] Wanderungsbewegungen“ (Löther 1995: 13), die im gesamten Verlauf der Menschheitsgeschichte stattgefunden haben, führt außerdem dazu, dass sich die gesamte menschliche Bevölkerung hin zu einer ununterscheidbaren Gruppe entwickelt. Eine bessere, schlechtere oder die, vor allem im Nationalsozialismus postulierte, arische Rasse hat es „nie gegeben“ (Löther 1995: 13).

3.4 Historisches Beispiel: Die Artamanenbewegung und der Nationalsozialismus

Der nun folgende kurze historische Exkurs soll veranschaulichen, wie sich eine in der Realität verwirklichte Konzeption von rechter Ökologie äußert. Als Beispiel hierfür gilt die Artamanenbewegung⁷, ein völkischer Siedlerbund, der sich zur Weimarer Zeit gründete und später von den Nationalsozialist*innen „vereinmahmt, missdeutet und pervertiert“ (Schmitz 1985: 10) wurde.

Die Gründungsmotive der Artamanen, wie zum Beispiel die Ablehnung von städtischem Luxus, decken sich mit den Charakteristika der völkischen Bewegung (vgl.

⁷ Bei der Aufarbeitung des Themas der rechten Ökologie darf die Artamanenbewegung, auch aufgrund der gegenwärtigen Entwicklung, nicht unerwähnt bleiben. Eine angemessen detaillierte Auseinandersetzung, besonders bezüglich des Verhältnisses zum Nationalsozialismus, würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Für ausführlichere Vertiefungen zur Artamanenbewegung siehe deshalb Schmitz (1985) und Brauckmann (2005) sowie Brauckmann (2012).

Schmitz 1985: 47). Die Artamanen gelten daher als „Experimentierfeld und Sammelbecken für verschiedene völkische und nationalistische Strömungen“ (Brauckmann 2012: 39). Ausgehend von der völkischen Ideologie der Artamanen bestimmte die sogenannte Blut-und-Boden-Ideologie die nationalsozialistische Agrarpolitik, nachdem der Bund der Artamanen ein Jahr nach der Machtergreifung Hitlers in die Hitlerjugend eingegliedert wurde (vgl. Brauckmann 2012: 48).

Das Begriffspaar „Blut und Boden“ wurde geprägt von Richard Walther Darré, dem früheren Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung (vgl. Gerhard 2003: 267f.). Die Blut-und-Boden-Ideologie verknüpft eine sesshafte bäuerliche Lebensform mit rassistischen Elementen. Die geradezu mystische Verbindung zwischen beiden Komponenten diente Darré sogar als Rechtfertigung für die Eroberung weiterer Gebiete östlich von Deutschland:

„Darüber hinaus gibt uns der Gedanke von Blut und Boden das sittliche Recht, uns so viel Land im Osten wiederzuholen als notwendig ist, um zwischen unserem Volkskörper und dem geopolitischen Raum einen Einklang herzustellen.“ (Corni/Gries 1994: 22)

Dieses Beispiel zeigt besonders deutlich, welche Auswirkungen ein bestimmtes Verständnis von Ökologie haben kann. Und diese rechte Deutung der Ökologie findet bis in die Gegenwart weitere Anhänger*innen.

In der jüngeren Vergangenheit lassen sich vermehrt sogenannte Neo-Artamanen in Mecklenburg-Vorpommern und anderen dünn besiedelten Orten in Deutschland nieder (vgl. Kresta 2017; Podjavorsek 2017). Der westliche Landesteil Mecklenburg-Vorpommerns ist dabei zu „einer Art Modellregion völkischer Siedlungsstrategien“ (Röpke 2015: 16) geworden. Die Ansiedlung findet vor allem dort statt, wo sich „Politik und Zivilgesellschaft zurückgezogen haben“ (Kresta 2017). Die Motive der Neo-Artamanen sind ganz ähnlich denen ihrer historischen Vorgänger*innen: Ablehnung der Moderne und städtischer Versorgungsstrukturen, das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und das Zelebrieren des Bauerntums. Auch das rassistisch-antisemitische Weltbild haben die Neo-Artamanen, die eine weltoffene und demokratische Gesellschaft ablehnen, von ihren Vorgängern übernommen. Sie glauben an die Überlegenheit des deutschen Volkes (vgl. Podjavorsek 2017). Die völkischen Siedler*innen schotteten sich weitestgehend von der restlichen Bevölkerung ab. Wann immer sie allerdings Kontakt zu anderen haben, sind sie bemüht nicht negativ aufzufallen: „Sie treten als nette, soziale und überdurchschnittlich engagierte Mitbürger in Erscheinung“ (Podjavorsek 2017). Dieses Verhalten erinnert stark an die Handlungsempfehlungen für NPD-Kader und andere Rechtsextreme in Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Kapitel 3.2.2 Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, insb. Fußnote 7). Diese Parallele existiert nicht zufällig. Das Personenspektrum zwischen Neo-Artamanen und NPD überschneidet sich teilweise, auch in Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Podjavorsek

2017). Zusätzlich fehlt es an einer Distanzierung der Artamanen von der NPD (vgl. Borstel 2011: 61). Die Vernetzung und Zusammenarbeit sämtlicher rechtsextremer Akteur*innen stellt eine besondere Gefahr dar, vor allem dann, wenn rechtsextreme Inhalte unterschwellig, zum Beispiel über Umweltthemen, vermittelt werden. Die Neo-Artamanen unterstützen die NPD so in ihrem „Kampf um die Köpfe“. Die durch ihr Auftreten verkörperte scheinbare Harmlosigkeit völkischer Siedler*innen darf deshalb nicht unterschätzt werden.

4 Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

4.1 Potenzial, Gefahr, Verbot

Laut des Verfassungsschutzberichtes des Bundes verfügt die NPD im organisierten Rechtsextremismus mit weitem Abstand über das größte Potenzial. Im Vergleich mit anderen rechtsextremen Parteien hat die NPD im Schnitt die 10-fache Mitgliederanzahl der jeweils übrigen rechtsextremen Splitterparteien wie Die Rechte, pro NRW, Der III. Weg (vgl. BMI 2016: 40). Trotz des hohen Personenpotenzials musste die NPD bei den fünf Landtagswahlen im Jahr 2016 eine Reihe von Niederlagen einstecken, inklusive des bereits angesprochenen Verlustes der letzten verbliebenen Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern⁸. Die Bilanz des Wahljahres 2016 habe zu einer „nachhaltigen Schwächung“ (BMI 2016: 70) der Partei geführt.

Ebenfalls dürfte das zweite Verbotsverfahren gegen die NPD zu dieser Schwächung beigetragen haben. Das 2001 erstmals beantragte Verbotsverfahren der NPD wurde 2003 vom Bundesverfassungsgericht eingestellt. Der Grund dafür resultierte aus der immensen Durchsetzung der Parteigremien durch V-Leute des Verfassungsschutzes. Deren Aussagen stellten ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“ (Jesse 2003: 292) dar, weil sie nicht verwendet werden konnten. Das Verfahren wurde also durch eine Prozessentscheidung beendet und die beantragte Überprüfung der Verfassungsfeindlichkeit der NPD blieb somit vorerst aus (vgl. Jesse 2003: 294). Nach der Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) im November 2011 wurde jedoch ein erneutes Verbot der NPD gefordert, das 2013 vom Bundesrat beantragt wurde. Das Bundesverfassungsgericht urteilte im Januar 2017, dass die NPD aufgrund ihrer Bedeutungslosigkeit nicht verboten wird. Das Gericht stellte zwar fest, dass die Ziele und die Ideologie

⁸ Das höchste Ergebnis holte die NPD 2016 dennoch in Mecklenburg-Vorpommern. Dort kam sie auf 3,02% gefolgt von 1,89% in Sachsen-Anhalt. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Berlin und Rheinland-Pfalz blieb sie deutlich unter einem Prozent.

der NPD verfassungsfeindlich seien, ihr aber das konkrete Potenzial fehle diese Ziele zu erreichen (vgl. BMI 2016: 70).

Dennoch ist es notwendig, sich weiterhin mit der NPD auseinanderzusetzen. Wenngleich die Partei als solche nach der attestierten Belanglosigkeit für potenzielle Neumitglieder vielleicht noch unattraktiver wird, bleibt sie als eine der einflussreichsten Institutionen des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland bestehen. Zudem hätte ein Verbot der Partei das Problem des Rechtsextremismus nicht aus der Welt geschafft. So bleibt weiterhin die Möglichkeit, sich fundiert mit den Strukturen und der Agitation rechtsextremer Organisationen wie der NPD auseinanderzusetzen, um daraus bessere Strategien der Rechtsextremismusprävention zu gewinnen.

4.2 Umweltpolitische Positionen der NPD

Bereits im Jahr 1973 – und damit im parteipolitischen Vergleich sehr früh – nahm die NPD den Abschnitt „Volksgesundheit und Umweltschutz“ in ihr Parteiprogramm auf (vgl. Jahn/Wehling 1991: 92). Das Programm enthielt bereits damals die Forderung nach einem Bundesumweltministerium⁹. Treibende Kraft dieser Entwicklung war die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN). Die JN entwickelte ein völkisch-nationales Konzept von Umwelt- und Lebensschutz und verfasste im Jahr 1977 als Erweiterung zu den umweltpolitischen Forderungen der NPD ein „Ökologisches Manifest“ (vgl. Jahn/Wehling: 1991: 93). Die JN forderte eine „Umwandlung der Wachstumsgesellschaft“ in eine „Gemeinschaft, in der ökologisches Gleichgewicht herrscht“ (Jahn/Wehling 1991: 94).

In ihrem aktuellen Grundsatzprogramm¹⁰ widmet die NPD dem Thema „Landwirtschaft und Naturschutz“ ein eigenes Kapitel (vgl. NPD 2013: 35f.). Im parteiprogrammatischen Vergleich mit anderen rechtsextremistischen Parteien wie der DVU, den Republikanern und der Pro Bewegung nimmt das Thema Umwelt im Parteiprogramm der NPD den größten Umfang ein (vgl. Busch 2012: 260).

Das umweltpolitische Kapitel des Parteiprogramms beginnt mit den Worten

„Deutsche Landschaften sind Kulturlandschaften. Deshalb kann Umweltschutz grundsätzlich nicht getrennt von der kulturellen Entwicklung gesehen werden.“ (NPD 2013: 35)

⁹ Das Bundesumweltministerium wurde 13 Jahre später, also im Jahr 1986, als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl gegründet.

¹⁰ Das Landesprogramm der NPD in Mecklenburg-Vorpommern enthält im Bereich Umweltpolitik keine landesspezifischen Ergänzungen zum Bundesprogramm der Partei (vgl. NPD Mecklenburg-Vorpommern 2016).

Direkt zu Beginn findet sich damit ein Hinweis auf die Naturalisierung der Gesellschaft, die ein wichtiges Element rechter Ökologie beziehungsweise Ideologie darstellt (vgl. Kapitel 3.3 Grundlagen einer Ökologie von rechts). Daraus lässt sich der bekannte Spruch „Naturschutz ist Heimatschutz“ (NPD 2013: 35) ableiten, der ebenfalls im Programm zu finden ist.

Die Gegenwartsanalyse der NPD fällt sehr düster aus. So zögen eine „verfehlte Wirtschaftspolitik“, „Materialismus“, „überzogene Industrieprojekte“ und eine „falsche Förderpolitik“ zahlreiche negative Konsequenzen nach sich, die unter anderem dafür sorgten, dass das ökologische Gleichgewicht ins Wanken gerate und die „Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage“ (NPD 2013: 35) voranschreite. Das Thema Landwirtschaft spielt für die NPD eine große Rolle, denn sie verweist nicht nur auf die wirtschaftliche, sondern auch auf die kulturelle Bedeutung der Landwirte. „[K]leinteilige bäuerliche Landwirtschaft“ (NPD 2013: 36) will sie fördern, was eine Affinität zur völkischen Ideologie nahelegt. Sie fordert „bestmögliche ökologische Herstellungsbedingungen“ (NPD 2013: 35) und eine bessere Vermarktung regionaler Produkte. Ganz konkret fordert die NPD das Verbot gentechnisch veränderter Lebensmittel. Hierbei bezieht sie sich sowohl auf die Herstellung und das Angebot als auch auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland (NPD 2013: 35f.). Die Machtstellung von Saatgutkonzernen wird scharf kritisiert (NPD 2013: 36). An diesem Beispiel zeigt sich die kapitalismuskritische Seite der Partei.

Im Abschnitt zum Tier- und Pflanzenschutz tritt die NPD für den Erhalt der Artenvielfalt ein. Dem Tierschutz kommt dabei eine besondere Stellung zu, denn er soll in der Verfassung verankert werden (vgl. NPD 2013: 36). Die industrielle Massentierhaltung lehnt die NPD ab und will Tierversuche nur bei „äußerster Notwendigkeit“ (NPD 2013: 36) gestatten. Zudem wird auf das „kulturfremde“ (NPD 2013: 36) Schächten¹¹ aufmerksam gemacht und stark kritisiert, weil es ein „Verbrechen“ sei und „strafrechtlich streng“ (NPD 2013: 36) geahndet werden solle. Mit der Bezeichnung „kulturfremd“ signalisiert die NDP, dass bestimmte Religionsgemeinschaften keinen Platz in der von ihr angestrebten Gesellschaft haben. Die NPD verwendet hier also ein umweltpolitisches Thema, um ihrem Kulturrassismus Ausdruck zu verleihen.

„Handlungsbedarf“ sieht die NPD sowohl in der Forstpolitik, als auch beim „präventiven ökologischen Hochwasserschutz“ (NPD 2013: 36). Konkrete Maßnah-

¹¹ Das Schächten ist eine rituelle Schlachtung von Tieren, die vor allem im Judentum und im Islam Anwendung findet. Es ist umstritten, weil das Tier keinerlei Betäubung erhält. In Deutschland ist das Schächten gesetzlich verboten, es besteht aber die Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung für bestimmte Religionsgemeinschaften (vgl. hierzu §4a Tierschutzgesetz).

men nennt sie hier allerdings nicht. Im Abschnitt über Energie- und Verkehrspolitik schreibt die NPD, dass Umweltverträglichkeit eines der wesentlichen Ziele ihrer Energiepolitik sei. Es sollten zudem keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden (vgl. NPD 2013: 37). In einem weiteren kurzen Absatz wird festgestellt, dass Umwelt- und Verkehrspolitik eine Einheit bilden (vgl. NPD 2013: 38). Konkrete Äußerungen zum Begründungszusammenhang dieser Aussage bleiben aber aus. Zudem spart sie „unpopuläre“ Maßnahmen aus und zeigt ein gewisses Maß an „Umweltpopulismus“ (Busch 2012: 258). Auch in früheren Programmen blieb die NPD, was konkrete umweltpolitische Maßnahmen betrifft, „äußerst vage“ (Jahn/Wehling 1991: 95).

Die dramatische Gegenwartsbeschreibung der NPD erfolgt aus einem bestimmten Zweck heraus. Verstärkt wird dieser Eindruck durch den ersten Satz der „Grundgedanken“, die dem Programm vorangestellt sind. Dort heißt es: „Im 21. Jahrhundert entscheidet sich Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes“ (NPD 2013: 8). Die Darstellung der gegenwärtigen Probleme und das Postulieren eines Überlebenskampfes des deutschen Volkes legen die Vermutung nahe, dass die NPD keinerlei Interesse daran hat, aktuelle Politik zu korrigieren, sondern einen Systemwechsel anstrebt (vgl. Busch 2012: 267).

Die umweltpolitischen Inhalte des Programms lassen einen Schluss auf die Nähe zum ökologisch interessierten Milieu der Gesellschaft zu. Die Ablehnung von Gentechnik und Massentierhaltung sowie die Befürwortung ökologischer Landwirtschaft und des Schutzes der Artenvielfalt sind Kernthemen der Ökologiebewegung und werden auch sonst von großen Teilen der Bevölkerung getragen (vgl. Busch 2012: 269). Allerdings zeigt sich durch ein gegen die Moderne gerichtetes, völkisches und antikapitalistisches Framing, das um die Naturalisierung der Gesellschaft ergänzt wird, der rechtsextreme Bedeutungszusammenhang für die Partei. Es lässt sich also bereits hier vermuten, dass die NPD populäre Umweltthemen als Mittel zum Zweck nutzt, um ihre Ideologie schrittweise in die Gesellschaft zu tragen.

4.3 Die NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns

Der Forschungsstand hat bereits weitreichende Erkenntnisse in Bezug auf das generelle Verhalten der NPD im Parlament hervorgebracht. Dieses Kapitel dient vornehmlich der Darstellung der Isolation der NPD durch die anderen im Landtag vertretenen Parteien. Den demokratischen Parteien im Schweriner Landtag gelang es im Gegensatz zu den Parteien des sächsischen Landtages besser, der NPD im Parlament den Wind aus den Segeln zu nehmen (vgl. Nattke 2008: 50). Dies liegt an der geschlossenen Vorgehensweise gegen die rechtsextreme Partei, dem sogenannten Schweriner Weg.

Nach dem Einzug der NPD in den Landtag im Jahr 2006 gaben die übrigen Fraktionen eine gemeinsame Erklärung ab, die 2011, nach dem Wiedereinzug der NPD ins Landesparlament, erneuert wurde. Die Parteien erklären, „dass die Verteidigung der Demokratie Vorrang vor Parteiinteressen haben muss“ (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2011: 1). Aufgrund der „demokratiefeindlichen Grundhaltung der NPD“ sei eine „politische Gleichbehandlung“ (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2011: 1) nicht möglich und deshalb werden keinerlei parlamentarische Initiativen der NPD unterstützt. Konkret bedeutet das, dass sämtliche von der NPD gestellte Anträge oder eingebrachte Gesetzesentwürfe kategorisch abgelehnt werden. Zu Initiativen der NPD spricht immer nur ein Abgeordneter stellvertretend für alle demokratischen Fraktionen (vgl. Schlotmann 2008: 19). Damit demonstrieren die Fraktionen trotz ihrer inhaltlichen Differenzen Geschlossenheit gegenüber der NPD und lassen deren rechtsextreme Forderungen nicht kommentarlos im Raum stehen. Die Abgeordneten des Dresdner Landtages verließen anfangs den Plenarsaal, wenn ein Redner der NPD ans Pult kam (vgl. Staud 2007).

Neben den Übereinkünften, die das Parlament betreffen, haben sich die demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern auch darauf geeinigt nicht an außerparlamentarischen Veranstaltungen wie zum Beispiel Podiumsdiskussionen teilzunehmen, sofern Vertreter der NPD eingeladen sind. Obwohl der Schweriner Weg nicht ganz unumstritten ist (vgl. Senf 2017), wurde er von allen Fraktionen eingehalten.

Die explizite Darstellung der Isolation der NPD ist insofern relevant, weil sie schon einen Hinweis auf potenzielle Provokationsversuche der NPD geben kann. Durch den kategorischen Ausschluss der Zusammenarbeit durch die demokratischen Parteien hätte die NPD-Fraktion, selbst wenn sie gewollt hätte, gar nicht an der Erarbeitung realpolitischer Lösungen mitwirken können, da sie von sämtlichen parlamentarischen Prozessen ausgeschlossen wird. Weiterhin instrumentalisiert die NPD den Schweriner Weg gegenüber ihren Anhängern als Zeichen dafür, wie abgehoben und einheitlich die anderen demokratischen Parteien seien.

5 Qualitative Analyse von NPD-Landtagsdokumenten zum Thema Umwelt

5.1 Forschungsdesign

5.1.1 Fallauswahl

Das Land Mecklenburg-Vorpommern eignet sich auf vielfältige Weise, um das legislative Verhalten der NPD zu beobachten. Der NPD gelang bei zwei aufeinanderfolgenden Landtagswahlen (2006 und 2011) der Einzug in den Landtag. Damit sicherte sie sich eine zehnjährige landespolitische Präsenz. Selbstverständlich macht die Anwesenheit der NPD im Parlament eine Untersuchung des Verhaltens überhaupt erst möglich.

Das Thema der Umweltpolitik hat sie besonders in Mecklenburg-Vorpommern als „populäres, polarisierendes und erfolgversprechendes Thema“ (Melchert 2012: 82) immer wieder aufgegriffen. Im Wahlkampf zur Landtagswahl im Jahr 2011 warb die NPD Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise mit dem Slogan „Der Atomtod droht aus Polen“ und wandte sich damit gegen den geplanten Neubau von zwei Kernkraftwerken in Polen (vgl. Heinrich 2014: 55). Die Forderung beinhaltet zum einen die Forderung nach einer ökologischen Energiegewinnung durch die kategorische Ablehnung der Atomkraft und zum anderen wird der Slogan genutzt, um ausländischerfeindliche Ressentiments zu schüren. Im landwirtschaftlich geprägten Flächenland profiliert sich die NPD als Kümmerer-Partei. Sie profitiert dabei von der strukturellen Schwäche der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, die erst im Jahr 2011 den erstmaligen Einzug in den Schweriner Landtag schafften. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die NPD im Landesparlament in Sachen Naturschutz keine Konkurrenz und konnte sich so exklusiv für mehr ökologischen Landbau und weniger Massentierhaltung positionieren. Hinzu kommt, dass sie die „einzige Landespartei gegen die Nutzung der Gentechnik in der Landwirtschaft“ war und ihre Aussagen deshalb nur „schwer zu kontern“ (Staud 2008: 36) waren (vgl. dazu auch Melchert 2015: 125). Die Konstellation des 6. Landtages ist hinsichtlich der Strategiefrage der NPD besonders spannend, weil sie sich nun im Parlament in ökologischen Fragen mit den Grünen messen muss und eines ihrer Erfolgsthemen nicht weiter alleine besetzen kann¹². Ein weiterer Grund für die Untersuchung des 6. Landtages ist die Arbeitsweise der Fraktion. Alle Abgeordneten haben bereits die Erfahrung einer Legislaturperiode gemacht. Die NPD-Fraktion

¹² Vor dem Hintergrund dieses Argumentes scheint es spannend zu beobachten, inwieweit und von wem ökologische Themen in der aktuellen Zusammensetzung des 7. Landtages besetzt und eingebracht werden, da neben der NPD auch die Grünen den Wiedereinzug ins Parlament verpasst haben.

schrumpfte zwar nach der Landtagswahl von 2011 von sieben auf fünf Abgeordnete, aber jene fünf Abgeordneten waren auch von 2006 bis 2011 Teil der Fraktion. Die NPD-Fraktion erschien in ihrer Konstellation im 6. Landtag „professioneller“ (Heinrich 2016: 86). Durch die erhöhte Professionalität kann darauf geschlossen werden, dass das Verhalten der Fraktion kein Produkt des Zufalls ist, sondern ihre parlamentarische Tätigkeit ein gewisses Ziel verfolgt.

5.1.2 Methode

Durch die Mitgliedschaft im Landtag stehen der Partei eine Vielzahl von parlamentarischen Instrumenten zur Verfügung, durch die eine Artikulation ihrer Interessen – trotz Oppositionsrolle und des Schweriner Weges – möglich wird. Alle untersuchten Landtagsdokumente stammen aus der Parlamentsdokumentation des Landtages Mecklenburg-Vorpommerns. Ein Vorteil der Dokumentenanalyse liegt damit in der Minimierung von Fehlerquellen in der Datenerhebung, weil die Daten bereits vorliegen (vgl. Mayring 2016: 47). Gegenstand der Untersuchung, das heißt die untersuchten Dokumente, sind sowohl von der NPD-Fraktion gestellte Anträge¹³ als auch Änderungsanträge zu umweltpolitischen Themen. Um den Gesamtkontext des parlamentarischen Handelns der NPD zu erschließen, werden auch die für die Antragsberatung relevanten Plenarprotokolle mit in die Untersuchung einbezogen.

Es herrscht keine Einigkeit darüber, ob Umweltpolitik als selbstständiges Politikfeld gilt oder ob sie viel mehr eine Querschnittsaufgabe darstellt, die mehrere Politikfelder umfasst (vgl. Busch 2012: 265). Für letztere Auffassung spricht zum Beispiel, dass die NPD umweltpolitische Aussagen auch abseits des dafür vorgesehenen Kapitels macht (vgl. Kapitel 4.2 Umweltpolitische Positionen der NPD). Für diese Arbeit wird daher der Gegenstand der Umweltpolitik als themenübergreifendes Politikfeld definiert und die zu untersuchenden Dokumente werden anhand ihres Inhalts verschiedenen voneinander abgegrenzten Themenkomplexen zugeordnet. Finden sich in einem Dokument mehrere Themenbezüge (zum Beispiel zu Landwirtschaft und Energie), wird je nach Intention des Dokumentes ein primärer und ein sekundärer Themenbereich festgelegt. Die Einteilung erfolgt dann anhand des primären Themenbereiches. Während die inhaltlich-thematische Aufteilung der Strukturierung der Untersuchung dient, erfolgt die Kategorisierung der Anträge aus analytischen Gründen der Interpretation. Die Kategorien bilden das methodische Grundgerüst der qualitativen Inhaltsanalyse, die für diese

¹³ Ein Antrag kann laut § 56 der Geschäftsordnung des Landtages bereits von einem Abgeordneten eingebracht werden. Aus dem Inhalt muss klar ersichtlich sein, wie der angestrebte Landtagsbeschluss lauten soll. Sofern der Antrag nicht ohne Beratung direkt in einen Ausschuss überwiesen wird, erhält der Antragsstellende zu Beginn der Beratung das Wort zur Begründung (vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2016: 50).

Untersuchung als Methode verwandt wird. Mit Hilfe der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse wird versucht, „eine bestimmte Struktur aus dem Material herauszufiltern“ (Mayring 2016: 118). Die Strukturierung des Materials erfolgt anhand der deduktiv konstruierten Kategorien (vgl. Mayring 2016: 118), die die Hypothese gleichsam operationalisieren.

Aus der Hypothese, dass die NPD umweltpolitische Themen im Parlament nicht primär als Mittel zur Provokation verwendet (vgl. Kapitel 2.2 Die NPD im Parlament), ergeben sich zwei Möglichkeiten. Entweder können die parlamentarischen Initiativen einen nüchternen und sachlichen Charakter aufweisen oder einen ideologisch aufgeladenen und durch populistische Elemente provozierenden Charakter. Eine Mehrheit von Anträgen mit nüchtern-sachlichem Charakter spräche für die Annahme der Hypothese, während der umgekehrte Fall eine Ablehnung der These zur Folge hätte. Die beiden in dieser Arbeit verwendeten Kategorien, die hinsichtlich der Sinnstruktur der Dokumente gebildet wurden, kamen bereits in abgewandelter Form in einer qualitativen Untersuchung zum Schweriner Weg zur Anwendung (vgl. Senf 2017: 9f.). Die beiden Kategorien werden wie folgt definiert:

nüchtern-sachlicher Charakter

Hierunter fallen vor allem Anträge, die nicht „ohne weiteres in einen bestimmten Kontext eingeordnet werden“ (Langer/Lehmann 2008: 88) können, weil sie keine ideologischen Komponenten enthalten. Ohne den Ursprung des Dokumentes zu kennen, würden beim Lesen keine offensichtlichen Verbindungen zu rechtsextremistischen Inhalten auffallen. Der Duktus zeichnet sich durch die „Abwesenheit von Polemik, Provokation und rechtsextremen Äußerungen“ (Senf 2017: 10) aus. Die Anträge wirken „harmlos“ und lassen die NPD ihr „extremistisches Gesicht“ (Senf 2017: 14) verlieren. Die Verwendung von Umfragen, Beispielen und Statistiken soll die vermeintliche Seriosität des Antrages verstärken.

ideologisch-provozierender Charakter

Zu dieser Kategorie werden Anträge und Anfragen gezählt, die populistische¹⁴ Elemente enthalten, da Populismus und Provokation sich oft gegenseitig bedingen (vgl. Brodkorb 2008: 54). Der populistische Charakter eines Antrages wird durch polarisierende und vereinfachende Lösungen zu komplexen Sachverhalten ersichtlich. Kennzeichnend sind weiterhin ein gewisses Schwarzweißdenken, Gewaltmetaphern, das Befürworten radikaler Lösungen und bewusste Tabubrüche beziehungsweise Angstmache, die den politischen Konflikt verschärfen sollen (vgl.

¹⁴ Es darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass der Begriff des Populismus häufig inflationär und als politischer Kampfbegriff benutzt wird. Innerhalb der Politischen Theorie gibt es jedoch eine differenzierte Auseinandersetzung, in der der Begriff sehr unterschiedlich verwendet wird (vgl. hierzu Müller 2016).

Rensmann 2006: 66). Außerdem kritisieren Populisten das System der repräsentativen Demokratie und proklamieren einen Verrat am Volk, dem eigentlichen Souverän (vgl. Rensmann 2006: 66). Anträge, in denen sich klar ideologische Kennzeichen einer rechten Ökologie identifizieren lassen, werden ebenfalls zu dieser Kategorie gezählt.

5.2 Allgemeines

Insgesamt lassen sich für die 6. Wahlperiode 16 Anträge mit umweltpolitischem Inhalt identifizieren. Dazu kommen acht Änderungsanträge, die alle jeweils zu Haushaltsgesetzen gestellt wurden und ebenfalls im umweltpolitischen Kontext stehen. In Kapitel 8 Drucksachenverzeichnis findet sich eine übersichtliche Aufstellung aller untersuchten Dokumente mit Informationen zur Kategorisierung, zur Drucksachenummer und der Einteilung in die verschiedenen Themenkomplexe.

Allgemein auffällig ist das Erscheinungsbild der Anträge. Die schriftliche Begründung auf den Antragsdokumenten fällt oft sehr knapp aus, während sie bei manchen Anträgen gänzlich fehlt (vgl. etwa DS 6/1182). Auch zu einem früheren Zeitpunkt und unabhängig von der Umweltthematik ist schon festgestellt worden, dass die Anträge der NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern „sehr laienhaft gestaltet“ (Nattke 2008: 47) worden sind.

Aus den Protokollen der Plenarsitzungen, in denen die untersuchten Anträge behandelt wurden, wird ersichtlich, dass Redebeiträge unter ständigen Zwischenrufen und Unterbrechungen gehalten werden. Dies gilt aber für beide Seiten: Bei Redebeiträgen der NPD gibt es häufig Zwischenrufe der demokratischen Abgeordneten, während es in deren Antwortbeiträgen zu provokativen Zwischenrufen der NPD-Abgeordneten kommt.

Eine weitere Auffälligkeit sind doppelt eingereichte Anträge. Der Antrag „Klares Bekenntnis zu unserer gentechnikfreien Heimat ablegen!“ wurde erstmals 2013 gestellt und in identischer Form erneut im Jahr 2016 (vgl. DS 6/1752 und DS 6/5540). Ebenso verhält es sich mit einem Antrag, der die Senkung der Mehrwertsteuer auf Mineralöl und Strom zum Ziel hat. Der Antrag wurde erstmals 2012 gestellt und erneut im Jahr 2016 in identischer Form (lediglich ohne den Titelzusatz „Schluss mit der Bürger-Abzocke!“) eingebracht (vgl. DS 6/1145 und DS 6/5562). Das erneute Einreichen von bereits abgelehnten Anträgen verdeutlicht auch hier, dass die NPD den parlamentarischen Prozess größtmöglich stören und verlangsamen möchte (vgl. Kapitel 2.2). Abseits der prozessualen Ebene widmen sich die folgenden Kapitel nun dem Inhalt der Anträge.

5.3 Themenkomplex Landwirtschaft und Fischerei

Dem Themenbereich Landwirtschaft und Fischerei sind relativ betrachtet die meisten Dokumente zuzuordnen. Hier ließen sich sieben Anträge und zwei Änderungsanträge identifizieren. Aufgrund der besonderen Stellung des Bauerntums innerhalb der völkischen Ideologie der NPD (vgl. Kapitel 4.2 Umweltpolitische Positionen der NPD) überrascht diese Feststellung nicht.

In diesem Themenbereich finden sich Dokumente beider Kategorien. Das Thema Gentechnik in der Landwirtschaft wird hier von der NPD häufig thematisiert. Sie hat hierzu vier¹⁵ Anträge eingebracht, die unter formalen Gesichtspunkten alle einen nüchtern-sachlichen Charakter aufweisen. Die Wichtigkeit des Themas wird von der NPD selbst immer wieder benannt. Bei der Vorstellung zum Antrag „Nein zum Gen-Mais 1507!“ (DS 6/2755) stellt Stefan Köster zu Beginn seiner Rede fest:

„Seitdem die NPD-Fraktion hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zugegen ist, beherrscht das Thema „Grüne Gentechnik“ häufig die Tagesordnung der Landtagssitzungen. Ungern erinnern Sie sich, Vertreter von SPD, CDU und LINKE, sicherlich daran, dass es zunächst nur die NPD-Fraktion war, die sich konsequent für ein Verbot des Anbaus und des Imports von gentechnisch verändertem Saatgut und daraus hergestellten Lebensmitteln einsetzte.“ (Plenarprotokoll 6/62 2014: 76)

Der Antragstext selbst ist frei von Provokationen. Es wird auf die negative Entwicklung für Flora und Fauna hingewiesen und konstatiert, dass sowohl ein Großteil der Bevölkerung als auch Landwirte und Umweltverbände gentechnisch veränderte Lebensmittel ablehnen (vgl. DS 6/2755). Köster unterstreicht die Sachlichkeit des Antrages in seiner Rede mit den Worten „diesen Antrag hätte auch eine andere Fraktion einreichen können“ (Plenarprotokoll 6/62 2014: 76f.).

Der Antrag „Klares Bekenntnis zu unserer gentechnikfreien Heimat ablegen!“ (DS 6/1752 bzw. 6/5540) kommt in seinem Antragstext ebenfalls ohne provokative Elemente aus. In der schriftlichen Antragsbegründung wird darauf hingewiesen, dass die Ablehnung von Gentechnik zwar bereits von der Landesregierung im Koalitionsvertrag festgehalten wurde, aber dadurch, „dass sich auch das Parlament mit diesem Landtagsbeschluss gegen Gentechnik auf dem Acker ausspricht, wird der politische Wille von Landesregierung und Landesparlament gestärkt“ (DS 6/5540). Hier versucht die NPD mit einem potentiell zustimmungswürdigen Antrag gesellschaftsfähig zu wirken. Im Antragstext selbst wird beschrieben, dass ökologische Landwirtschaft, die gleichzeitig eine gentechnikfreie Landwirtschaft

¹⁵ Streng genommen sind es allerdings nur drei Anträge, weil sich hierunter mit dem Antrag „Klares Bekenntnis zu unserer gentechnikfreien Heimat ablegen!“ einer der identisch erneut gestellten Anträge befindet.

ist, eine Grundvoraussetzung zum Erhalt der Artenvielfalt ist. Bei der Vorstellung des Antrages im Plenum spricht Köster davon, dass Gentechnik ein schwerer Eingriff in die Natur sei und zitiert Beispiele von Folgen der Gentechniknutzung in Nord- und Mittelamerika. Zusätzlich habe eine „Volksumfrage“ ergeben, dass 80 Prozent der Bevölkerung genmanipulierte Lebensmittel ablehnen (vgl. Plenarprotokoll 6/123 2016: 86). Während das Verwenden von Umfragen und realen Beispielen auch in der Antragsvorstellung für einen nüchtern-sachlichen Charakter spricht, zeichnet eine Aussage Kösters aus der ersten Vorstellung des Antrages ein anderes Bild:

„Mit dem Ausbringen von gentechnisch verändertem Saatgut kommen internationale Großkonzerne und Globalisierungsfanatiker ihrem Ziel der Ausbeutung der ganzen Welt einen Schritt näher. Skrupellos werden Völker und Rohstoffe ausgeplündert und gewissenlos wird die Gesundheit der Menschen durch Freisetzung von Gentechnik gefährdet.“ (Plenarprotokoll 6/40 2013: 144)

Hier wird Globalisierungs- und Kapitalismuskritik durch das umweltpolitisch relevante Thema Gentechnik hindurch kanalisiert. Diese populistisch anmutende Spur findet sich auch in anderen Anträgen zum Thema Landwirtschaft und Fischerei. Hierzu zählt zum Beispiel ein Antrag, der die „ökologisch verträgliche und selektive kleine Kutterfischerei“ (Plenarprotokoll 6/123 2016: 159) in der Ostsee stärken soll. Die NPD stellt im Antragstext fest, dass „[h]eimatverbundene Fischer [...] seit jeher im Einklang mit der Natur“ arbeiten, aber durch „unsinnige“ beziehungsweise „falsche Quotenpolitik der EU“ (DS 6/5581) benachteiligt würden. Die Überfischung der Meere ist ein ernstzunehmendes Umweltproblem unserer Gegenwart (vgl. Honey 2016). Die NPD benutzt das umweltpolitische Framing hier allerdings lediglich, um ihre EU-Kritik zu kommunizieren und mit der „Rückbesinnung auf den traditionellen Fischereiberuf“ (DS 6/5581) präsentiert sie ihr völkisches Idealbild.

Die ablehnende Haltung gegenüber der Europäischen Union wird auch in anderen Anträgen, die der ideologisch-provozierenden Kategorien zugeteilt wurden, deutlich. Im Beschlusstext des Antrages „Kennzeichnung für landwirtschaftliche Produkte mit angemessener Vergütung für Bauern und Landwirte!“ zeichnet die NPD ein düsteres Bild der gegenwärtigen Situation kleiner und familiärer Betriebe, die durch ein von der EU herbeigeführtes „Diktat der völligen Marktliberalisierung“ (DS 6/5573) nicht mehr wettbewerbsfähig seien¹⁶. In der mündlichen Antragsbe-

¹⁶ Diese Form der Kapitalismuskritik aus der bäuerlichen Perspektive ist unter Rechtsextremen nicht neu. Schon Darré (vgl. Kapitel 3.4 Historisches Beispiel: Die Artamanenbewegung und der Nationalsozialismus) sagte hierzu: „Nicht die ewigen Gesetze der Natur, nicht Klima und Boden bestimmten die Bauernarbeit, sondern die Spielregeln kapitalistischer Marktanschauungen diktierten ihm Richtung und Ziel seines Handelns.“ (Corni/Gies 1994: 74)

gründung heißt es von Stefan Köster, dass man „den heimischen Bauernstand sehenden Auges zugrunde gehen lasse“ (Plenarprotokoll 6/123 2016: 144). Auch im Antrag „Den Lebensmittelpanschern das Handwerk legen – ‚Regional ist erste Wahl!‘“ findet sich die David-gegen-Goliath-Rhetorik. Im Beschlusstext heißt es, dass ein von den Verbraucherministerien von Bund und Ländern entwickelter Aktionsplan „in keiner Weise dazu geeignet ist, das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelsicherheit wieder herzustellen“ (DS 6/1656). Den Ministerien wird „wilder Aktionismus“ unterstellt. Es ist die Rede von einer „kriminellen Entwicklung in der Lebensmittelbranche“, von „kriminelle[m] Vertrauensmissbrauch“ und „kriminellen Lebensmittel-Panschereien“ (DS 6/1656). Mit dieser polemischen Kritik verwendet die NPD gleich mehrere der populistisch-provokativen Elemente. Zum einen schafft sie mit ihrer Kritik an der Bundes- und den Landesregierungen einen Moment, in dem das demokratische Repräsentativsystem an den Pranger gestellt wird („Die da oben“) und zum anderen werden durch die derbe Wortwahl diffuse Ängste geschürt, die das Vertrauen in die Politik weiter zerstören sollen.

Erwähnenswert sind in diesem Themenbereich noch zwei Änderungsanträge, die die NPD-Fraktion jeweils zu Haushaltsgesetzen stellte. In einem Änderungsantrag zum Haushalt 2016/2017 forderte die NPD „Maßnahmen zum Anbau vielfältiger Kulturen auf Ackerflächen“ mit knapp 200.000 € mehr zu fördern, „um der Entwicklung der monokulturellen Anbauverfahren in Mecklenburg-Vorpommern entgegenzuwirken“ (DS 6/5008). Zu einem früheren Haushaltsgesetz wurde von der NPD ein Änderungsantrag eingebracht, der zum Ziel hatte, „Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig“ (DS 6/919) zu erhöhen, um den Schutz der Biene¹⁷ zu fördern und Imker besser auszubilden. Beide Maßnahmen können objektiv betrachtet durchaus als umweltfreundlich und progressiv charakterisiert werden.

5.4 Themenkomplex Energie

Zum Themenbereich Energie lassen sich sechs¹⁸ Anträge zuordnen, die bis auf eine Ausnahme alle in die ideologisch-provokative Kategorie fallen. Diese Ausnahme stellt der Antrag „Elektromobilität sicherstellen – ‚Stromtankstellen‘-Netz ausbauen!“ dar. Der Antragstext selbst ist frei von ideologischen Komponenten

¹⁷ Bienen tragen durch Bestäubung von Blüten maßgeblich zu unserer Nahrungsversorgung bei. Die Verwendung bestimmter Pflanzenschutzmittel und anderer Pestizide in der Landwirtschaft führt allerdings zunehmend dazu, dass ganze Bienenvölker aussterben. Das Bienensterben hat massive Auswirkungen, denn die Insekten stellen den wichtigsten Akteur der Pflanzenbestäubung dar (vgl. Garms 2017).

¹⁸ Kritisch betrachtet muss die Zahl auf fünf korrigiert werden, denn auch hier befindet sich mit dem Antrag „Mehrwertsteuersatz auf Mineralöl und Strom absenken!“ (DS 6/1145 bzw. DS 6/5562) einer der identisch doppelt gestellten Anträge.

und in der schriftlichen Antragsbegründung heißt es, dass das „Tourismus-Land Mecklenburg-Vorpommern“ (DS 6/1956) auch zukünftig attraktiv bleiben müsse. Der NPD-Abgeordnete Petereit beginnt die Vorstellung des Antrages im Plenum mit den Worten:

„Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir, dass der Landtag die Pläne der Bundesregierung begrüßt, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf die Straße zu bringen. Wir wollen die Willensbekundung des Landtages darüber, dass darin ein sinnvoller Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele gesehen wird. Es soll mit dem zu fassenden Beschluss anerkannt werden, dass die flächendeckende Errichtung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge eine der Voraussetzungen zum beschleunigten Ausbau einer klimafreundlichen Verkehrsinfrastruktur ist.“ (Plenarprotokoll 6/46 2013: 65)

Petereit greift im weiteren Verlauf seiner Rede, die keine einzige Provokation enthält, sogar Ideen auf, die auf EU-Ebene entstanden sind und dort diskutiert werden (vgl. Plenarprotokoll 6/46 2013: 65). Sowohl an der Bundesregierung als auch an der EU entzündet sich sonst regelmäßig die hemmungslose Kritik der NPD. Umso verwunderlicher ist es, dass hier beide Institutionen positiv konnotiert werden. Der Grünen-Abgeordnete Johann-Georg Jaeger stellt in seinem Redebeitrag zum Antrag fest, dass der Antrag „an Harmlosigkeit wirklich nicht zu übertreffen“ (Plenarprotokoll 6/46 2013: 65) sei. Dieser Antrag stellt einen weiteren Versuch der NPD dar, ihre Gesellschaftsfähigkeit zu demonstrieren. Unter objektiver Betrachtung würde eine ökologisch beziehungsweise progressiv orientierte Partei in Erklärungsnot geraten, wenn sie diesem Antrag nicht zustimmen würde. Das Agitationsmuster der NPD-Fraktion lässt sich hier jedoch leicht entschlüsseln. Der Begriff „Klimaschutz“ kommt im aktuellen Parteiprogramm der NPD überhaupt nicht vor (vgl. NPD 2013). Es liegt daher der Anschein nahe, als nehme die NPD das Thema aus rein opportunistischen Erwägungen im Landtag auf.

Zwei der diesem Themenbereich zugeordneten Anträge beschäftigen sich mit dem Thema Windenergie und Windkraftanlagen. In der schriftlichen Begründung zum Antrag „Energiewende mit Augenmaß – den unkontrollierten Windenergieausbau beenden – Bürger und Gemeinden bei der Ausweisung von Windeignungsgebieten einbinden!“ schildert die NPD-Fraktion, dass der Bau von Windkraftanlagen die „Ästhetik der Landschaft“ beeinträchtigt. Zudem warnen sie vor den „negativen Folgen für die Natur“ (DS 6/5575), die sie aber nicht weiter ausführen. Diese Ausführung konkreter Auswirkungen bleibt auch in der Antragsvorstellung im Plenum aus, obwohl der NPD-Abgeordnete Tino Müller auch hier von negativen Folgen für „die Ästhetik und die Umwelt unserer Landschaft“ (Plenarprotokoll 6/123 2016: 147) spricht. Es ist wieder der Grünen-Abgeordnete Jaeger, der in dieser Plenardebatte auf den Antrag der NPD antwortet und in seiner Rede fest-

stellt, dass die von der NPD in ihrem Antrag geforderte sogenannte 10H-Regelung¹⁹ mittlerweile gesetzlich überhaupt nicht mehr möglich sei (vgl. Plenarprotokoll 6/123 2016: 148).

Auch im zweiten Antrag zur Windenergie wird – ebenfalls ohne Konkretisierung – vor den negativen Folgen des Windkraftausbaus gewarnt. In der schriftlichen Antragsbegründung heißt es zudem, dass sich die Bürger durch die Dichte der Windkraftanlagen bedroht fühlten und es wird konstatiert, dass der Wille der Bürger bei der Planung nicht berücksichtigt werde (vgl. DS 6/3903). Besonders die letzte Aussage dient dazu, eine Distanz zwischen Regierenden und Regierten zu unterstellen beziehungsweise zu schaffen. Die populistische Kritik am Repräsentativsystem wird hier abermals deutlich. In der Plenardebatte zum Antrag heißt es vom NPD-Abgeordneten Stefan Köster, dass durch den Bau von Windkraftanlagen „die Gesundheit von Mensch und Tier“ in „Mitleidenschaft“ gezogen und die Landschaft „verschandelt“ würde (Plenarprotokoll 6/92 2015: 80). Köster fährt fort mit einer generellen Kritik an erneuerbaren Energien. Die ökologischen Folgen der „sogenannten Energiewende“ (Plenarprotokoll 6/92 2015: 81), die erneut unbenannt bleiben, würden komplett ausgeblendet. Anschließend wünscht er sich die Wiedereinführung der Atomenergie als „Brückentechnologie“ (Plenarprotokoll 6/92 2015: 81). Diese Aussagen verwundern bei einem Blick ins aktuelle Parteiprogramm der NPD doch stark, denn dort steht, dass „erneuerbare Energiegewinnung“ das „Fundament der Versorgungssicherheit“ (NPD 2013: 37) darstelle. Und auch in früheren Programmen forderte die NPD „staatliche Förderung von innovativen Konzepten“ im Energiebereich. Weiterhin sollten „neue Energieformen“ nutzbar gemacht und Mittel für die „Weiterentwicklung alternativer Energien“ (NPD 2002: 73) bereitgestellt werden. Diese Forderungen finden sich alle in einem Kapitel mit der Überschrift „Maßnahmen zum Schutz der Natur“ (vgl. NPD 2002: 73). Der Themenbereich Energie identifiziert die NPD als stark opportunistische Partei, die zur Zufriedenstellung ihrer (potenziellen) Wähler, sämtliche Prinzipien über Bord zu werfen vermag.

Mit dem Antrag „Keine Nahrung in den Tank! Mais-Monokulturen stoppen – Biomasse-Einsatz zur Energiegewinnung beenden“ kommuniziert die NPD einmal mehr ihr völkisches Idealbild. In der schriftlichen Antragsbegründung wird der „Kampf zwischen Teller und Tank“ (DS 6/1039) beschworen. Durch den monokulturellen Anbau von Pflanzen für deren Verwendung zur Energiegewinnung in Biomasse-Anlagen würden Anstrengungen zum Naturschutz „zunichte gemacht“, die

¹⁹ Die 10H-Regelung sieht vor, dass die zehnfache Höhe der Windkraftanlage als Mindestabstand zu einem Wohnhaus gelten muss. Bayern ist aufgrund einer Sonderregelung das einzige Bundesland, in der die 10H-Regelung gilt. Der Ausbau von Windkraftanlagen wurde dadurch in Bayern nahezu gestoppt, weil durch die Regelung keine Flächen mehr zur Verfügung stehen, auf denen Windkraftanlagen gebaut werden können (vgl. Dehmer 2016).

tierische und pflanzliche Artenvielfalt nehme ab und der Wasserhaushalt werde „nachhaltig gestört“ (DS 6/1039). In der Antragsvorstellung heißt es vom NPD-Abgeordneten Tino Müller, dass erst „[t]ausend Jahre Bauernfleiß“ zu einer guten Bodenqualität geführt habe, was die „heutigen Großkapitalisten“ (Plenarprotokoll 6/23 2012: 101) jedoch nicht interessiere. Die Bauern würden „versklavt“ und die Auswirkungen des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln habe zu einer „Volksseuche“ (Plenarprotokoll 6/23 2012: 101) geführt. Die mit agrarromantischen Elementen gespickte völkische Kapitalismuskritik entspricht in vollem Ausmaß den Grundlagen einer Ökologie von rechts.

Die Anträge zur Mehrwertsteuersenkung wurden vor dem Hintergrund in diese Kategorie aufgenommen, dass die von der NPD im Antrag geforderte Senkung der Mehrwertsteuer auf Benzin, Diesel, Heizöl und Strom (vgl. DS 6/5562 bzw. DS 6/1145) und der daraus resultierende niedrigere Preis nicht zur Förderung eines Bewusstseins über die Nutzung fossiler Energiequellen beiträgt. Die umweltpolitische Relevanz besteht hierbei im Schadstoffausstoß von beispielsweise benzin- und dieselbetriebenen Kraftfahrzeugen. Die NPD zielt mit dem Antrag lediglich darauf ab, „die angespannten Haushaltslagen vieler Haushalte in unserem Land nachhaltig zu verbessern“ (DS 6/5562). Die umweltpolitischen Konsequenzen aus dem weiteren unkritischen Gebrauch fossiler Energien vernachlässigt die NPD zugunsten der Zufriedenstellung der „breite[n] Masse der Bevölkerung in Deutschland“ (DS 6/5562), die sich mit steigenden Energiekosten konfrontiert sieht.

5.5 Themenkomplex Tierschutz

Zum Themenbereich Tierschutz lassen sich zwei Anträge zuordnen, die sich beide jeweils mit dem Verbot von Tierversuchen beschäftigen und der populistischen Kategorie zugeordnet werden. Zusätzlich versuchte die NPD durch fünf Änderungsanträge zu Haushaltsgesetzen ihre Positionen zum Tierschutz zu artikulieren.

Im Antrag „Schluss mit Tierversuchen in Mecklenburg-Vorpommern“ fordert die NPD, dass Tierversuche zu humanmedizinischen Zwecken verboten werden sollen, weil sie „weder zielführend noch ethisch vertretbar“ (DS 6/3509) seien. Zusätzlich fordert sie die Landesregierung auf, sich mittels einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass Tierversuche in ganz Deutschland verboten werden und sämtliche Produkte, die an Tieren getestet werden, nicht mehr nach Deutschland importiert werden dürfen (vgl. DS 6/3509). In der mündlichen Antragsberatung referiert der NPD-Abgeordnete Stefan Köster über die Zwecklosigkeit von Tierversuchen und fordert ein Ende der Fortführung „unmoralischer, unethischer und unproduktiver Versuche an Tieren“ (Plenarprotokoll 6/83 2014: 90). Im aktuellen Programm der NPD heißt es allerdings, dass Tierversuche gestattet werden sollten, allerdings nur bei „äußerster Notwendigkeit“, „für medizinische Zwecke“ und

nur „in begrenzter Anzahl“ (NPD 2013: 36). In der Antwort der demokratischen Parteien auf den NPD-Antrag sagt der CDU-Abgeordnete Heino Schütt, dass der „Schutz von menschlichem Leben [...] grundsätzlich höher zu bewerten [sei] als der Schutz von Tieren“ (Plenarprotokoll 6/83 2014: 90). Zu dieser ethischen Position gibt es allerdings auch Alternativen²⁰. Im Programm der NPD heißt es, dass Tiere keine „Wegwerfware“, sondern „Lebewesen mit Empfindungen“ (NPD 2013: 36) seien und der NPD-Abgeordnete Köster benennt in seiner Rede, dass Tierversuche mit „langwierigen und unbeschreiblichen Schmerzen“ (Plenarprotokoll 6/83 2014: 88) verbunden seien. Aus dem Vertreten einer anderen ethischen Position bezüglich Tierversuchen lässt sich der NPD jedoch kein Strick drehen. Dennoch entlarvt der für die demokratischen Parteien antwortende CDU-Abgeordnete Heino Schütt, dass der Antrag „in der Tradition zum nationalsozialistischen Tierschutzgedanken steht“, denn bereits „damals gewährte der nationalsozialistische Tierschutzgedanke Tieren als Bestandteil einer arischen naturverbundenen Volksgemeinschaft Schutz“ (Plenarprotokoll 6/83 2014: 91).

Der Antrag „Tierversuche verbieten!“ gleicht inhaltlich dem gerade behandelten Antrag (vgl. DS 6/5560). Auch die mündliche Antragsbegründung, die wieder von Stefan Köster vorgetragen wird, ähnelt der Vorangegangenen. Die Wortwahl unterscheidet sich allerdings in ihrer Härte. So müssten laut Köster „Musterdemokraten und Vertreter jeder noch so hirnerbrannten Gutmenschentheorie“ (Plenarprotokoll 6/123 2016: 122) erkennen, dass Tierversuche nicht mehr notwendig seien. Das Thema Tierversuche wird auch unter den demokratischen Parteien und in der gesamten Gesellschaft kontrovers diskutiert, weil es ein sehr sensibles Themengebiet ist, in dem man sich mit komplexen moralischen Positionen auseinandersetzen muss. Aus der Perspektive der NPD eignet sich das Thema Tierversuche deshalb umso mehr, um die demokratischen Parteien unter Druck zu setzen.

Erwähnenswert sind hier noch die zum Haushalt gestellten Änderungsanträge zum Thema Tierschutz. Zu jedem Haushaltsgesetz stellte die NPD einen Antrag mit dem Ziel, die Förderung für das Bienenzuchtzentrum in Bantini massiv zu erhöhen, um verschiedene Forschungsprojekte an Bienenvölkern zu finanzieren (vgl. Kapitel 5.3 Themenkomplex Landwirtschaft und Fischerei, insb. Fußnote 18). Die schriftlichen Antragsbegründungen sind jeweils vollkommen ideologiefrei und betonen die positiven Auswirkungen der Forschungsarbeit „sowohl für die Landwirtschaft, als auch für den Naturschutz“ (vgl. DS 6/917, 6/2502 und 6/5009). Zu-

²⁰ Der Philosoph Peter Singer argumentiert beispielsweise dafür, dass Tiere, die Leid und Schmerzen empfinden können, einen besonderen moralischen Status zugesprochen bekommen sollten (vgl. Singer 1975). Konsequenzen aus dieser ethischen Position sind zum Beispiel eine vegetarische oder vegane Ernährungsweise und auch die Ablehnung von Tierversuchen.

sätzlich stellte die NPD Anträge mit dem Ziel, die Zuschüsse für Tierheime und deren Ausstattung zu erhöhen (vgl. DS 6/2505) und die Zuschüsse für Tierproduktion von Tierzuchtverbänden zu kürzen (vgl. DS 6/2489). Letzteres erfolgt aus der Motivation heraus, die industrielle Massentierhaltung zu beenden und eine „bäuerliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung“ (DS 6/2489) zu etablieren.

5.6 Themenkomplex Naturschutz

In den Bereich des klassischen Naturschutzes fallen ein Antrag sowie ein Änderungsantrag zu einem Haushaltsgesetz. Mit dem Antrag „Friedländer Große Wiese schützen – den geplanten/möglichen Windpark verhindern!“ fordert die NPD die Landesregierung auf, zu prüfen, ob das Gebiet der Friedländer Großen Wiese, ein Niedermoor im Westen Mecklenburg-Vorpommerns, zum Schutzgebiet erklärt werden könne. Weiterhin wird die Landesregierung aufgefordert, alle Maßnahme zu ergreifen, die die Errichtung eines Windparks verhindern können (vgl. DS 6/5321(neu)). In der schriftlichen Antragsbegründung heißt es, dass das Gebiet als „faktisches Vogelschutzgebiet“ angesehen werden müsse „ganz gleich, unter welchem Schutzstatus [es] sich befindet“ (DS 6/5321(neu)). Während der mündlichen Antragsberatung finden sich in der Rede des NPD-Abgeordneten Tino Müller wenig überraschend Phrasen darüber, dass die „Ästhetik unserer Landschaft“ zerstört werde, niemand die „negativen Folgen für unsere Natur“ bedenke und „Heimat und Natur [...] einen Wert an sich“ (DS 6/5321(neu)) darstellten. Aber auch bei diesem Antrag wird der Eindruck erweckt, als hänge die NPD im richtigen Moment wieder einmal die Fahne in den Wind. Der geplante Windpark in der Friedländer Großen Wiese wird in der Tat sehr kontrovers diskutiert. Den Petitionsausschuss des Landtages erreichte im Jahr 2016 eine Rekordanzahl an Beschwerden – 806 allein zu diesem geplanten Windpark (vgl. NDR 2017). Mit dem Aufgreifen des Themas versucht sich die NPD als Kümmerer-Partei zu profilieren, die die Sorgen der Bürger ernst nimmt. Die umweltpolitische Argumentation scheint wieder einmal vorgeschoben. Der für die demokratischen Parteien antwortende SPD-Abgeordnete Patrick Dahlemann zitiert in seiner Rede aus der Stellungnahme einer Bürgerinitiative, die sich ebenfalls gegen den geplanten Windpark engagiert, sich aber gleichzeitig auch von Parteien des rechten Randes, die das Thema für sich vereinnahmen wollen, distanziert (vgl. Plenarprotokoll 6/119 2016 82). Ebenfalls zur Kategorie Naturschutz zugehörig ist einer der Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 2016/2017. Hier fordert die NPD den Posten für den Schutz der Ostsee, der Küsten-, Bodden- und Binnengewässer zu erhöhen. Die Gewässer in Mecklenburg-Vorpommern seien „Grundlage für eine gesunde Flora und Fauna“ und bildeten „unerlässliche Wirtschaftsgrundlagen für die einheimische Fischerei“ (DS 6/5007). Auch an diesem Beispiel wird deutlich, dass die Naturschutzbestrebungen der NPD kein intrinsisches Ziel haben, sondern wie

in diesem Fall dazu dienen, dass die heimische Wirtschaft weiter funktionieren kann.

5.7 Zusammenfassung

Von den 16 behandelten Anträgen ließen sich elf der ideologisch-provokativen Kategorie und fünf Anträge der sachlich-nüchternen Kategorie zuteilen. Letztere Kategorie muss aber differenziert betrachtet werden. Auch wenn die formal gestellten schriftlichen Anträge den sachlich-nüchternen Kriterien genügen, lassen sich in der Kommunikation der Anträge im Plenum in nahezu allen Fällen wesentliche populistische Elemente feststellen. Von den fünf Anträgen in der sachlich-nüchternen Kategorie genügten die vier Gentechnik-Anträge in ihrer formalen und schriftlichen Form zwar den nüchtern-sachlichen Kriterien, aufgrund ihrer Präsentation im Plenum müssen sie jedoch zur ideologisch-provokativen Kategorie gezählt werden. Somit ergibt sich, dass nur ein einziger Antrag den sachlich-nüchternen Kriterien entspricht. Diese Ausnahme bildet der Antrag zum Ausbau der Elektrotankstellen in Mecklenburg-Vorpommern (vgl. DS 6/1956).

Von den acht untersuchten Änderungsanträgen waren zwei schon in ihrer schriftlichen Form ideologiebehaftet und sechs genügten den sachlich-nüchternen Kriterien. Die Änderungsanträge zu Haushaltsgesetzen werden allerdings nicht einzeln öffentlich im Plenum diskutiert, weshalb sich über die Präsentation dieser Anträge keine Aussage treffen lässt. Im Vergleich der inhaltlichen Kategorien miteinander ergibt sich aufgrund des deutlichen Verhältnisses von ideologischen zu sachlichen Anträgen kein bestimmtes Muster, weil alle Themenkomplexe dazu verwendet wurden, Provokationen hervorzurufen. Das parlamentarische Verhalten ist geprägt von Ambivalenz und Opportunismus, auch im Bereich der Umweltpolitik. Die im Parteiprogramm festgehaltenen Ziele der Partei werden bei Bedarf einfach vernachlässigt. Die vielfach betonten negativen Folgen für die Natur werden in keinem Fall genau erläutert, obwohl sie sehr häufig proklamiert werden. Das doppelte Einreichen identischer Anträge muss neben der inhaltlichen Provokation auch als provokatives Element gewertet werden, das den parlamentarischen Prozess stören und verlangsamen soll. Weiterhin zeigt sich hieran, dass es der NPD nicht daran gelegen ist, tatsächlich eine Mehrheit für ihre Forderungen zu bekommen, sondern dass sie einen radikalen Systemwechsel anstrebt. Sämtliche umweltpolitischen Ansätze sind daher durchtränkt von völkischer Ideologie.

Die Hypothese, dass sich die ideologischen Grundlagen einer rechten Ökologie im Programm und Handeln der NPD widerspiegeln, kann also ohne Zweifel bestätigt werden.

6 Schlussfolgerung und Fazit

Es ergibt sich kein ideologischer Bruch von Umweltpolitik und rechtsextremer Ideologie. Die biologistische Argumentation der NPD wird durch die umweltpolitischen Ansätze, die ohne Zweifel in der Tradition der völkischen Natur- und Heimatschützer stehen, deutlich. Sie bildet aber gleichzeitig die Grundlage für gesellschaftspolitische Positionen der Partei.

Das vor der Einleitung angeführte Zitat von Stefan Köster (vgl. S. 3) enthält trotz seiner Kürze drei sehr relevante Punkte, die die wesentlichen Erkenntnisse dieser Arbeit auf den Punkt bringen. Aus dem ersten Satz wird die kategorische Verehrung der Natur deutlich. Die übermächtige und unantastbare Stellung der Natur, die auch im Nationalsozialismus propagiert wurde, ist eines der deutlichsten Kennzeichen von rechter Ökologie und findet sich in der Argumentation der NPD wieder. Dennoch gibt es nahezu keine und wenn, dann nur eine unbegründete Referenz zum Eigenwert der Natur. Das Naturschutzverständnis scheint eher zweckgebunden, weil der Naturschutz unter anderem der Gesundheit des Volkes dienen soll.

Aus Kösters zweitem Satz wird die kapitalismuskritische Haltung der NPD erkennbar, die sich durch das gesamte umweltpolitische Programm der NPD zieht, gerade auch, weil der Kapitalismus und die industrielle Landwirtschaft den Gegenpol zur von der NPD favorisierten kleinbäuerlichen Landwirtschaft nach völkischem Ideal bildet. Dieses Idealbild ist charakterisiert von einer mystischen Verbindung zwischen dem Volk und der Landschaft, die es umgibt. Diese mystische Verbindung ist ein Kernelement der „Blut und Boden“-Ideologie, die die Agrarpolitik im Nationalsozialismus bestimmte.

Die sarkastische Bezeichnung der anderen im Parlament vertretenen Parteien als „superdemokratischer Block“ dient der Provokation. Und es ist diese Provokation, die die Strategie der NPD im Parlament in jeglicher Hinsicht kennzeichnet. Die Provokation äußert sich durch permanente und teilweise sehr unsachliche Zwischenrufe, das doppelte Einreichen identischer Anträge, eine sehr derbe Wortwahl in Plenardebatten und durch populistische Agitation. Aufgrund der großen Mehrheit umweltpolitischer Anträge in der ideologisch-provokativen Kategorie muss die zweite Hypothese abgelehnt werden. Die NPD nutzt auch umweltpolitische Themen, um durch populistische Agitation Aufmerksamkeit zu erregen und um ihre Ideologie zu verbreiten. Das ultimativ angestrebte Ziel ist der Systemwechsel. Die umweltschutzpolitischen Aktivitäten der NPD müssen daher immer im Zusammenhang mit ihrem eigentlichen Ziel, der Abschaffung von Freiheit und Demokratie, gesehen werden.

Das Thema Ökologie scheint für dieses Vorhaben sehr dankbar zu sein, denn der politische Charakter der Ökologie ist volatil. Sie ist an sich weder rechts noch links. Die ideologisch aufgeladene „natürliche“ Ordnung innerhalb eines rechten Ökologieverständnisses lässt keinen Platz für Kompromisse. Ihre Forderungen sind absolut. Die vereinfachte Darstellung der Natur als ultimativer Gesetzgeberin ist deshalb für den unkritischen Denker leicht nachzuvollziehen und damit auch leichter annehmbar.

Auch wenn der NPD vom Bundesverfassungsgericht eine gewisse Bedeutungslosigkeit attestiert wurde, ist das Problem des Rechtsextremismus nicht gelöst. Ökologie braucht daher einen klaren sozialen Kontext, was eine Politisierung der Ökologie von demokratischer Seite notwendig macht, um Rechtsextremist*innen das Handlungsfeld des Umwelt- und Naturschutzes streitig zu machen. Nur ein „anthropologisches Konzept von Naturschutz“ (Heinrich 2014: 58) kann Naturschutz und Demokratie verbinden.

Das Ziel der Arbeit war es, aufzuzeigen mit welcher Argumentation Rechtsextreme für Naturschutz plädieren und wie sie ihn betreiben wollen. Dafür wurden die theoretischen Zusammenhänge zwischen einem Ökologie-Bewusstsein, Biologismus und Rassismus innerhalb einer völkisch-autoritären Ökologie erarbeitet und aufgezeigt, wie die NPD versucht, sich damit zu positionieren. In einer Zeit, in der Umweltschutz immer wichtiger wird, weil die Natur zunehmend und unmittelbar durch den Klimawandel bedroht wird, ist es von großer Bedeutung eine Sensibilität für diese menschenverachtenden Argumentationsmuster in ökologischen Fragen zu schaffen. Die ökologischen Probleme in Zeiten des Klimawandels lassen sich nicht allein durch nationale Handlungsstrategien lösen.

Das Fazit dieser Arbeit darf nicht sein, dass man nach dem Motto ‚Alles Schlechte hat sein Gutes‘ über das menschenverachtende Profil der NPD hinwegschaut, nur weil sie sich eben auch vermeintlich für den alle Menschen betreffenden Natur- und Umweltschutz einsetzt. Vielmehr lässt sich hieran erkennen, dass jeder Politikbereich zu strategischen Zwecken von Rechtsextremist*innen pervertiert werden kann, um Werbung für die eigene Sache und das eigentliche Ziel zu machen. Auch der größte Naturschützer innerhalb der NPD ist und bleibt rechtsextrem und demokratiefeindlich.

7 Literaturverzeichnis

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (2005): Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden: Nomos.

Bergsdorf, Harald (2010): Fakten statt Fälschungen. Argumente gegen rechtsextreme Parolen. München: Olzog.

Biehl, Janet (1995): "Ecology" and the Modernization of Fascism in the German Ultra-Right. In: Biehl, Janet/Staudenmaier, Peter (1995): Ecofascism. Learning from the German Experience. Edinburgh: AK Press, S. 31–73.

BMI, Bundesministerium des Innern (2016): Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin.

Borstel, Dierck (2011): Einleitung. In: Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.) (2011): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. 2. Auflage, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, S. 57–66.

Brandstetter, Marc (2006): Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg: Tectum.

Brauckmann, Stefan (2005): Die Artamanen als völkisch-nationalistische Gruppierung innerhalb der deutschen Jugendbewegung 1924–1935. In: Historische Jugendforschung, Band 2 2005, S. 176–196.

Brauckmann, Stefan (2012): Historische Hintergründe: Die Artamanenbewegung in der Weimarer Republik. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2012): Braune Ökologen: Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, 26), S. 39–50.

Brodkorb, Mathias (2002): Metamorphosen von Rechts. In: Brodkorb, Mathias/Schmidt, Thomas (2002): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. 2., aktualisierte Auflage. Schwerin: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, S. 2–65.

Brodkorb, Mathias (2008): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hg.) (2008): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Rostock: Altstadtdruck Rostock, S. 41–61.

Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (2011): Einleitung. In: Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.) (2011): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. 2. Auflage, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, S. 13–56.

- Busch, Christoph** (2012): Das Grün im Braun. Umweltschutz in den Parteiprogrammen der deutschen extremen Rechten. In: Pfahl-Traugber, Armin (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Brühl/Rheinland 2012, S. 246–280.
- Corni, Gustavo/Gies, Horst** (1994): Blut und Boden: Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers. Idstein: Schulz-Kirchner.
- Dehmer, Dagmar** (2016): Windenergie und die 10-H-Regel. Was das Windkraft-Urteil aus Bayern bedeutet. In: Der Tagesspiegel vom 11.05.2016, online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/windenergie-und-die-10-h-regel-was-das-windkraft-urteil-aus-bayern-bedeutet/13571680.html> (Zugriff 05.09.2017).
- Garms, Anja** (2017): Bienen. Warum sterben sie? In: ZEIT ONLINE vom 29.06.2017, online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2017-06/bienen-bienensterben-pestizide-insektengift-neonicotinoide-honig-umwelt-studie> (Zugriff 06.09.2017).
- Gasero, Vera** (2012): Grün schimmern, braun stinken. In: zeo2 3/2012, online verfügbar unter: <http://www.taz.de/!127719/> (Zugriff: 04.08.2017).
- Geden, Oliver** (1996): Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin: Elefanten Press.
- Geiss, Immanuel** (1995): Rassismus. In: Fischer, Gero/Wölfingseder, Maria (Hg.) (1995): Biologismus, Rassismus, Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch. Wien: Promedia, S. 91–107.
- Gerhard, Gesine** (2003): Richard Walther Darré – Naturschützer oder „Rassenzüchter“? In: Radkau, Joachim/Uekötter, Frank (Hg.) (2003): Naturschutz und Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Campus, S. 257–271.
- Heinrich, Gudrun** (2014): Demokratiefeindlicher Naturschutz: Außen grün, innen braun. In: politische ökologie, Heft 138, S. 54–59.
- Heinrich, Gudrun** (2016): Die NPD – Eine Bewegungspartei verlässt die parlamentarische Bühne. In: Koschkar, Martin/Müller, Jan/Nestler, Christian (Hg.) (2016): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 36), S. 84–94.
- Hiekisch, Uwe** (2000): Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen. In: Deutsche Stimme 4/2000. Zitiert nach: Brodkorb, Mathias (2002): Metamorphosen von Rechts. In: Brodkorb, Mathias/Schmidt, Thomas (2002): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. 2., aktualisierte Auflage.

Schwerin: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, S. 2–65.

Hitler, Adolf (2016): Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition Band 1. München, Berlin: Institut für Zeitgeschichte.

Honey, Christian (2016): Wir essen die Weltmeere leer. In: ZEIT ONLINE vom 19.01.2016, online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2016-01/ueberfischung-bedrohung-arten-fehler-angaben> (Zugriff 05.09.2017).

Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1991): Ökologie von rechts: Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den „Republikanern“. Frankfurt am Main: Campus.

Jesse, Eckhard (2003): Der gescheiterte Verbotsantrag der NPD. Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden. In: Politische Vierteljahresschrift, 44. Jahrgang, Nr. 3/2003, S. 292–301.

JN, Junge Nationaldemokraten (1997): Der Kampf wird härter. In: Der Aktivist, Bochum, S. 12–15.

Klein, Markus/Falter, Jürgen (2003): Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung. München: Beck.

Kresta, Edith (2017): Die rechte Landlust. In: taz. die tageszeitung, veröffentlicht am 15.01.2017, online verfügbar unter: <http://www.taz.de/!5370963/> (Zugriff: 04.08.2017).

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2011): Gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2012): Plenarprotokoll. 6. Wahlperiode, 23. Sitzung.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2013): Plenarprotokoll. 6. Wahlperiode, 40. Sitzung.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2013): Plenarprotokoll. 6. Wahlperiode, 46. Sitzung.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2014): Plenarprotokoll. 6. Wahlperiode, 62. Sitzung.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2014): Plenarprotokoll. 6. Wahlperiode, 83. Sitzung.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2015): Plenarprotokoll. 6. Wahlperiode, 92. Sitzung.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2016): Plenarprotokoll. 6. Wahlperiode, 119. Sitzung.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2016): Plenarprotokoll. 6. Wahlperiode, 123. Sitzung.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2016): Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 7. Wahlperiode, Schwerin.

Langer, Kai/Lehmann, Arne (2008): 18 Monate Populismus und Provokation. Eine Zwischenbilanz der Parlamentsarbeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hg.) (2008): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Rostock: Altstadtdruck Rostock, S. 63–95.

Löther, Rolf (1995): Der Mensch – Natur- und Gesellschaftswesen. In: Fischer, Gero/Wölfingseder, Maria (Hg.) (1995): Biologismus, Rassismus, Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch. Wien: Promedia, S. 11–21.

Mayring, Philipp (2016): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken. 6., aktualisierte Auflage, Weinheim/Basel: Beltz.

Melchert, Johannes (2012): Die ökologische Frage als Aktionsfeld der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Strategien der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2002): Braune Ökologen: Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, 26), S. 81–90.

Melchert, Johannes (2015): Ökologie und Naturschutz in der NPD. In: Heinrich, Gudrun/Kaiser, Klaus-Dieter/Wiersbinski, Norbert (Hg.) (2015): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten, Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (BfN-Skripten 394), S. 123–127.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Nattke, Michael (2008): Die NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich. In: Die NPD im sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008. Dresden: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Schriften zur Demokratie), S. 38–53.

NDR, Norddeutscher Rundfunk (2017): Rekordzahl an Beschwerden beim Petitionsausschuss. Veröffentlicht am 11.04.2017, online: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Rekordzahl-an-Beschwerden-beim-Petitionsausschuss,petitionsausschuss112.html> (Zugriff 07.09.2017, Link nicht mehr verfügbar).

NPD (2002): Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin.

NPD (2013): ARBEIT. FAMILIE. VATERLAND. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Beschlossen auf dem Bundespartei-tag am 4./5.6.2010 in Bamberg, 2. Auflage, März 2013.

NPD Mecklenburg-Vorpommern (2016): ARBEIT. FAMILIE. VATERLAND. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Beschlossen auf dem Bundespartei-tag am 4./5.6.2010 in Bamberg, MV-Edition, 1. Auflage, Mai 2016.

Ott, Konrad (2016): Naturschutzgeschichte Deutschlands. In: Ott, Konrad/Dierks, Jan/Voget-Kletschin, Lieske (2016): Handbuch Umweltethik. Stuttgart: Metzler, S. 67–75.

Pfaffinger, Christian (2012): Braune Bio-Kameradschaft. Spiegel Online, veröffentlicht am 03.04.2012, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextreme-entdecken-den-umweltschutz-a-814893.html> (Zugriff: 03.08.2017).

Podjavorsek, Peter (2017): Völkische Siedler im ländlichen Raum. Der Bio-Nazi von nebenan. In: Deutschlandfunk Kultur, Beitrag vom 21.02.2017, online verfügbar unter: http://www.deutschlandfunkkultur.de/voelkische-siedler-im-laendlichen-raum-der-bio-nazi-von.976.de.html?dram:article_id=379541 (Zugriff: 03.09.2017).

Radkau, Joachim/Uekötter, Frank (Hg.) (2003): Naturschutz und Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Campus.

Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank (Hg.) (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59–80.

Röpke, Andrea (2015): Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit und neue Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern, 1. Auflage, Schwerin (Sozialdemokratische Schriften zur Landespolitik, Band 1).

Schlotmann, Volker (2008): Menschenverachtende Ideologie statt politischer Willensbildung. NPD als Herausforderung für die parlamentarische Demokratie. In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hg.) (2008): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Rostock: Altstadtdruck Rostock, S. 13–24.

Schmitz, Peter (1985): Die Artamanen: Landarbeit und Siedlung bündischer Jugend in Deutschland 1924–1935. Bad Neustadt an der Saale: Pfaehler.

Senf, Johannes (2017): Extreme Parteien in Redeparlamenten – Strategien des Umgangs am Beispiel des Schweriner Weges. In: Heinrich, Gudrun (Hg.) (2017):

Zum Umgang mit der Extremen Rechten in Mecklenburg-Vorpommern. Analysen zum Schweriner Weg, MVgida und zum Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 37), S. 3–54.

Singer, Peter (1975): *Animal liberation: a new ethics for our treatment of animals*. New York: New York Review.

Speit, Andreas (2012): Projekte und Positionen völkischer Ökologie. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2002): *Braune Ökologen: Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, 26), S. 60–73.

Staud, Toralf (2007): Wie man Nazis zähmt. In: ZEIT ONLINE vom 17.09.2017, online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2007/38/NPD> (Zugriff: 09.09.2017).

Staud, Toralf (2008): Enges Korsett im Parlament, freie Hand auf der Straße? In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hg.) (2008): *Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern*. Rostock: Altstadtdruck Rostock, S. 27–39.

Staud, Toralf (2012): Braune Grüne. Wie Rechtsextremisten in der Ökoszene mitmischen. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2002): *Braune Ökologen: Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, 26), S. 14–17.

Staudenmaier, Peter (1995): Fascist Ideology: The “Green Wing“ of the Nazi Party and its Historical Antecedents. In: Biehl, Janet/Staudenmaier, Peter (1995): *Ecofascism. Learning from the German Experience*. Edinburgh: AK Press, S. 5–30.

Trittin, Jürgen (2003): Naturschutz und Nationalsozialismus – Erblast für den Naturschutz im demokratischen Rechtsstaat? In: Radkau, Joachim/Uekötter, Frank (Hg.) (2003): *Naturschutz und Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main: Campus, S. 33–39.

Volmer, Ludger (2009): *Die Grünen: Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – eine Bilanz*. München: Bertelsmann.

Wiersbinski, Norbert/Kaiser, Klaus-Dieter/Heinrich, Gudrun (2015): Einleitung. Heinrich, Gudrun/Kaiser, Klaus-Dieter/Wiersbinski, Norbert (Hg.) (2015): *Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten*, Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz (BfN-Skripten 394), S. 6–13.

Wölfingseder, Maria (1995): Biologismus – „Natur als Politik“. New Age und Neue Rechte als Vorreiter einer (wieder) etablierten Ideologie. In: Fischer, Gero/ Wölfingseder, Maria (Hg.) (1995): Biologismus, Rassismus, Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch. Wien: Promedia, S. 22–36.

8 Drucksachenverzeichnis

Typ ²¹	DS-Nummer	Titel	primär. Thema	Charakter
A	6/1039	Keine Nahrung in den Tank! Mais-Monokulturen stoppen – Biomasse-Einsatz zur Energiegewinnung beenden	Energie	ideologisch-provokativ
A	6/1145	Mehrwertsteuersatz auf Mineralöl und Strom absenken – Schluss mit der Bürger-Abzocke!	Energie	ideologisch-provokativ
A	6/1182	Sofortiges Verbot von gentechnisch verändertem Weizen in Mecklenburg-Vorpommern	Landwirtschaft	ideologisch-provokativ*
A	6/1656	Den Lebensmittelpanschern das Handwerk legen – „Regional ist erste Wahl!“	Landwirtschaft	ideologisch-provokativ
A	6/1752	Klares Bekenntnis zu unserer gentechnikfreien Heimat ablegen!	Landwirtschaft	ideologisch-provokativ*
A	6/1956	Elektromobilität sicherstellen – „Stromtankstellen“-Netz ausbauen!	Energie	nüchternsachlich
A	6/2755	Nein zum Gen-Mais 1507!	Landwirtschaft	ideologisch-provokativ*
A	6/3509	Schluss mit Tierversuchen in Mecklenburg-Vorpommern	Tierschutz	ideologisch-provokativ

²¹ A = Antrag; AA = Änderungsantrag

Die mit einem * gekennzeichneten Anträge weisen in ihrer rein schriftlichen Form keine ideologischen Komponenten auf. Aufgrund der populistischen Elemente in der mündlichen Antragsberatung wurden sie jedoch der ideologisch-provokativen Kategorie zugeordnet.

A	6/3903	Windenergieausbau reduzieren – Mecklenburg-Vorpommerns Landschaft erhalten und pflegen	Energie	ideologisch-provokativ
A	6/5321(neu)	"Friedländer Große Wiese" schützen – den geplanten/möglichen Windpark verhindern!	Naturschutz	ideologisch-provokativ
A	6/5540	Klares Bekenntnis zu unserer gentechnikfreien Heimat ablegen!	Landwirtschaft	ideologisch-provokativ*
A	6/5560	Tierversuche verbieten!	Tierschutz	ideologisch-provokativ
A	6/5562	Mehrwertsteuersatz auf Mineralöl und Strom absenken!	Energie	ideologisch-provokativ
A	6/5573	Kennzeichnung für landwirtschaftliche Produkte mit angemessener Vergütung für Bauern und Landwirte!	Landwirtschaft	ideologisch-provokativ
A	6/5575	Energiewende mit Augenmaß - den unkontrollierten Windenergieausbau beenden – Bürger und Gemeinden bei der Ausweisung von Windeignungsgebieten einbinden!	Energie	ideologisch-provokativ
A	6/5581	Erhalt der Kutter- und Küstenfischerei sichern – unsere Fischer brauchen Hilfe!	Fischerei	ideologisch-provokativ
ÄÄ	6/917	zum Haushalt 2012/2013: Förderung Bienenzuchtzentrum	Tierschutz	nüchternsachlich
ÄÄ	6/919	zum Haushalt 2012/2013: Förderung des Bienenschutzes und der Imkerausbildung	Landwirtschaft	nüchternsachlich

ÄA	6/2498	zum Haushalt 2014/2015: Zuschüsse an Tierzuchtverbände kürzen	Tierschutz	ideologisch-provokativ
ÄA	6/2502	zum Haushalt 2014/2015: Förderung Bienenzuchtzentrum	Tierschutz	nüchternsachlich
ÄA	6/2505	zum Haushalt 2014/2015: stärkere Förderung von Tierheimen	Tierschutz	nüchternsachlich
ÄA	6/5007	zum Haushalt 2016/2017: stärkere Förderung des Gewässerschutzes	Naturschutz	ideologisch-provokativ
ÄA	6/5008	zum Haushalt 2016/2017: Förderung des Anbaus vielfältiger Kulturen auf Ackerflächen	Landwirtschaft	nüchternsachlich
ÄA	6/5009	zum Haushalt 2016/2017: Förderung Bienenzuchtzentrum	Tierschutz	nüchternsachlich

9 Zusammenfassung/Abstract

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit untersucht die theoretischen Zusammenhänge einer rechten Ökologie am Beispiel von Naturschutz und Rechtsextremismus und überprüft, inwieweit sich diese Zusammenhänge in der parlamentarischen Arbeit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern widerspiegeln. Grundlage dieser Arbeit ist die Frage nach der Strategie, die die NPD in Mecklenburg-Vorpommern verfolgt, um ihre ideologischen Ziele im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes umzusetzen. Mithilfe der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse wurden Landtagsdokumente zu umweltpolitischen Themen untersucht. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich die ideologischen Grundlagen einer rechten Ökologie in den Forderungen der NPD wiederfinden. Das parlamentarische Verhalten ist zudem fast ausschließlich geprägt von Provokationen – auch im Bereich der Umweltpolitik. Das ultimative Ziel dieser Strategie ist ein Systemwechsel zuungunsten der Demokratie.

Abstract

The present study examines the theoretical relations of a right-wing ecology using the example of nature conservation and right-wing extremism and furthermore analyses to what extent those relations are reflected in the parliamentary work of the Nationaldemocratic Party of Germany (Nationaldemokratische Partei Deutschlands, short: NPD) in the *Landtag* (i.e. state-level parliament) of Mecklenburg-West Pomerania. The basis for this paper is the question regarding the strategy the NPD uses to implement their ideological goals in environmental policy. With the help of a structured qualitative content analysis documents of the *Landtag*, such as proposals, relating to environmental topics have been examined. As a result, it can be noted, that the ideological foundations of a right-wing ecology are echoed in the demands of the NPD. Its parliamentary behaviour is almost solely embossed by deliberate provocation – even in environment related topics. The ultimate goal of this strategy is a system change and the abolishment of democracy.